

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 234.

Montag, den 6. Oktober 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Sonntagsruhe der Angestellten.

In den offiziellen Blättern wird die endgültige Gestaltung des Gesetzesentwurfes mitgeteilt, der die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe neu regeln soll. Bekanntlich war ein Vorentwurf bereits im Frühjahr 1912 erschienen; er wurde in den beteiligten Kreisen lebhaft erörtert. Die Angestellten im Handelsgewerbe erkannten an, daß er gegenüber dem geltenden Zustande gewisse Verbesserungen brächte; sie erklärten sie jedoch für zu geringfügig; noch mehr Unzufriedenheit mit den Vorschlägen der Regierung herrschte vollends in weiten Kreisen der nicht in Handelsbetrieben beschäftigten Angestellten, die mit vollem Recht darauf hinwiesen, daß die gesetzliche Neuregelung ihrer Sonntagsruhe — oder besser ihrer Sonntagsarbeit — ebenso wichtig wäre, aber unberücksichtigt geblieben wäre. Die Heraushebung der Handelsangestellten bedeutet überdies nicht nur eine Zurücklegung der Techniker usw., sondern auch eine neuerliche Festlegung in der Zerplitterung des Angestellten- und darüber hinaus des Arbeitsrechtes, die sich schon so oft unheilvoll und fortschrittshemmend bemerkbar gemacht hat, indem sie einheitliche Aktionen der Angestelltenchaft verhindert und für viele Kategorien von Angestellten Rechtsunsicherheit sät.

Sieht man nun den endgültigen Entwurf der Regierung an, so zeigt sich, daß er gegenüber der ersten Ausarbeitung so gut wie gar keine Verbesserungen bringt. Einzig der Kreis der Angestellten, für die das Gesetz gelten soll, scheint um ein geringes erweitert, doch keineswegs in nennenswertem Maße; alle Industriearbeiter bleiben nach wie vor unerfaßt. Die Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit, über zulässige Ausnahmen und weitere Beschränkungen, über die Strafen bei Übertretungen u. s. f. begegnen uns unverändert wieder. Die Bestimmungen lauten danach im wesentlichen:

„Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im allgemeinen am ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertag überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen wie folgt beschäftigt werden: In den offenen Verkaufsstellen ist eine Beschäftigung bis zu drei Stunden zulässig. Die höheren Verwaltungsbehörden können für Orte, an denen die Bevölkerung aus der weiteren Umgebung an Sonn- und Festtagen die offenen Verkaufsstellen aufzusuchen genötigt ist, eine Beschäftigung bis zu vier Stunden zulassen. Die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband können durch statutarische Bestimmungen die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbezweige auf kürzere Zeit einschränken oder ganz unterlagen. Die Polizeibehörde kann alljährlich für höchstens sechs Sonn- und Festtage, an denen örtliche Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, in offenen Verkaufsstellen eine Beschäftigung bis zu zehn Stunden zulassen. — In den Kontoren und den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handels und Gewerbes kann die höhere Verwaltungsbehörde sowie durch statutarische Bestimmungen die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zur Dauer von zwei Stunden zulassen. Diese letztere Bestimmung gilt auch für Angestellte der Speditionen, der Versicherungsunternehmen, der Versicherungsagenten und Makler, Annoncenexpeditionen, Stellenvermittler, Auskunftsstellen, Sparkassen und Konsumvereine. In Betrieben des Handelsgewerbes, die am Sabbath und an jüdischen Feiertagen gänzlich ruhen, dürfen Angestellte jüdischen Glaubens an Sonn- und Festtagen bis zur Dauer von fünf Stunden mit der Maßgabe beschäftigt werden, daß die Geschäftsräume für den allgemeinen Verkehr geschlossen bleiben. — Weiterhin werden dann Ausnahmen festgesetzt für Arbeiten, die im Notfall oder im öffentlichen Interesse, für gesetzlich vorgeschriebene Inventuren, zur Verhütung des Verderbens für Rohstoffe oder zur Verhinderung des Mißlingens von Arbeitsergebnissen vorgenommen werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann auch für solche Gewerbezweige, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, Ausnahmen von den Vorschriften über Beschäftigung in den offenen Verkaufsstellen, in Kontoren und in den mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes zulassen. Endlich wird noch bestimmt, daß diese Vorschriften einer weitgehenden Beschränkung des Gewerbebetriebes an Sonn- und Festtagen durch Landesgesetz oder landesrechtliche Verordnung nicht entgegenstehen. — Mit Geldstrafe bis zu 600 Mark eventuell Haft wird jede Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften bestraft. — Auf den Verkauf von Arzneimitteln und Gegenständen der

Krankenpflege in Apotheken und den von Speisen, Getränken und Genußmitteln in Gast- und Schankwirtschaften zum Genuß auf der Stelle, auf Musikaufführungen und Schaustellungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten, sowie auf das Verkehrsgewerbe findet dieses Gesetz keine Anwendung.“

Nach den Bestimmungen des Entwurfes werden also, von den drei höchsten Festtagen abgesehen, die Ladenangestellten auch fortan keinen freien Tag im Jahre haben, die Kontorangestellten wenigstens in vielen Fällen nicht. Neben der meist zehn- bis zwölfstündigen Arbeitszeit an Werktagen wartet der Ladenangestellte an „gewöhnlichen“ Sonntagen eine drei- oder vierstündige Tätigkeit, an sechs Sonntagen im Jahr sogar eine Arbeitszeit bis zu 10 Stunden. Die Kontorangestellten werden gezwungen sein, Sonntag für Sonntag wenigstens auf zwei Stunden im Betriebe zu erscheinen. Einem solchen Gesetz soziale Bedeutung zuzusprechen, geht kaum an, — selbst wenn Fortschritte gegenüber dem geltenden Recht, das durchweg die fünfstündige Sonntagsbeschäftigung zuläßt und eine zahlenmäßige Begrenzung der „Ausnahmesonntage“ mit unbeschränkter Arbeitszeit nicht kennt, festzustellen sind.

Nun sieht allerdings der Gesetzesentwurf vor, daß durch statutarische Bestimmungen der Gemeindevertretungen die Arbeitszeiten gekürzt werden können. Das ist indessen keine Neuerung, sondern steht auch schon heute im § 105 b der Gewerbeordnung. Eine allzu große Wirkung davon hat man nicht verspürt. Und die darf man in Zukunft wohl noch weniger erwarten. Wenn schon der Reichstag, der sich auf Grund des gleichen, allgemeinen Wahlrechts zusammensetzt, in seiner Mehrheit den Angestellten keine größere Ruhezeit zubilligen sollte, wie kann man es dann von den gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern erwarten, die ja in der Regel eine Domäne der Besitzenden, der Arbeiterfeinde, sind?!

Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Sonntagsarbeit der Angestellten in der vorgeschlagenen Form besteht nicht. Gewiß würde eine weitere Beschränkung der Verkaufszeiten, gar eine völlige Schließung der Geschäfte am Sonntag für das Publikum zunächst ungewohnt sein und als unbequem empfunden werden. Aber man würde sich daran gewöhnen, wie man sich an die jetzt gültige Sonntagsruhe gewöhnt hat. Und damit fällt auch der Einwand fort, das Geschäftsleben würde einen unersetzlichen Schaden erleiden, wenn keine Angestellten am Sonntag mehr beschäftigt werden dürften. Selbst die so gerne herangezogenen Landleute, die am Sonntag in die Stadt kommen, um ihre Einkäufe zu machen, würden sehr wohl imstande sein und dahin gelangen, ihre Sachen nicht am Sonntag, sondern an den Markttagen zu kaufen, an denen sie ja auch in der Stadt zu tun haben.

Daß es mit der völligen Sonntagsruhe geht, zeigen unsere Parteibetriebe, die Konsumvereinsläden u. s. f. Auch darf erinnert werden an jene Resolution, die 1909 von den damals anderthalb Millionen freigewerkschaftlichen Arbeitern gefaßt wurde, in der die Einführung der vollen Sonntagsruhe gewünscht und befürwortet wird, nur mit der Maßgabe, daß die Läden für den Einkauf der allerwichtigsten Nahrungsmittel (Fleisch, Backwaren, Milch; dazu Eis) zwei Stunden geöffnet sein sollen.

Noch manches ließe sich an Einzelheiten des Entwurfes aussetzen; an dieser Stelle mag es genügen, auf seine größten Unzulänglichkeiten hingewiesen zu haben. Die Angestellten werden beizeiten Front machen müssen gegen diesen Entwurf. Ob es Erfolg hat, muß abgewartet werden. Wir fürchten fast, daß neben der Sozialdemokratie sich kaum eine bürgerliche Partei sehr ernstlich um seine Verbesserung bemühen wird. Voraus die Angestellten dann wiederum lernen könnten, daß ihre einzige wahre Vertretung im politischen Kampf die Sozialdemokratie ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Erst das Geschäft, dann die Liebe.

Die Welfen fahren jetzt kräftige Geschütze auf. Gestützt auf Mitteilungen „erster Welfenfürher“ schreiben die „Frankfurter Nachrichten“:

Vor der Verlobung des Prinzen Ernst August mit der Tochter des Kaisers ist ein ausdrücklicher Verzicht des Prinzen Ernst August auf Hannover verlangt worden. Etwa eine Woche oder zwei vor der Bekanntgabe der Verlobung fand in Karlsruhe eine Besprechung statt, an der u. a. Prinz Ernst August und vom Hause Hohenzollern Prinz August Wilhelm teilnahmen. In dieser Konferenz wurde dem Prinzen Ernst August ein Verzicht auf Hannover nahegelegt. Sofort erhob sich der junge Welfenfürst und erklärte klar und bestimmt: „Für

mich und mein Haus kommt in erster Linie die Ehre und erst in zweiter Linie die Liebe.“ Dann verließ er das Zimmer, in dem die Konferenz stattfand. Prinz August Wilhelm holte den Prinzen Ernst August wieder zurück.

Die Verlobung wurde gefeiert und veröffentlicht, ohne daß die Frage des Verzichts geklärt war. Offenbar war man auf preussischer Seite der Meinung, man würde den Herzog von Cumberland umstimmen, wenn man erst einmal persönlich mit ihm habe Fühlung nehmen können. So kam die Zusammenkunft in Homburg, zu der auch der Reichskanzler zugezogen wurde. Der Herzog beharrte auf seinem Standpunkt. Die Verlobung und die Heirat seines Sohnes hätten mit der Politik nichts zu tun. Sein Sohn könne die Prinzessin Viktoria Luise heiraten, auch wenn er nicht auf den braunschweigischen Thron gelange, aber ein Verzicht auf Hannover war weder von ihm noch von seinem Sohne je ausgesprochen worden. Die ganze Art der Verhandlungsführung war von preussischer Seite durchaus unklar, auch der Reichskanzler hat in Homburg durchaus keine Klarheit geschaffen. Doch nahm man auf welfischer Seite an, daß alle staatsrechtlichen Schwierigkeiten behoben seien und der Thronbesteigung des Prinzen Ernst August ohne Verzicht auf Hannover nichts mehr im Wege stände.

Dann kam die Veröffentlichung des Briefes des Prinzen Ernst August an den Reichskanzler. Der Brief war auf Veranlassung des Reichskanzlers geschrieben worden, der hoffte, mit diesem Brief die öffentliche Meinung beruhigen zu können. Der Herzog von Cumberland und Prinz Ernst August haben dem Reichskanzler gegenüber aber keine Unklarheit gelassen, daß dieser Brief keinen Verzicht des Prinzen auf Hannover darstellen solle, der Brief enthalte nichts anderes als das, was man schon bei früheren Gelegenheiten zu erklären bereit war und erklärt habe. Der Reichskanzler teilte diesen Standpunkt. Deshalb empfand man die Auslegung des Briefes in der offiziellen Presse, als ob der Prinz einen Verzicht, wenn auch nicht in aller Form, so doch in der Sache ausgesprochen habe, als eine Bräufikation. Hierdurch erklärt sich die damals einsetzende scharfe Tonart der Welfen. Der Herzog habe zu den Welfenfürhern gesagt, er rechne heute mehr als je auf ihre Treue und ihre weitere tatkräftige Unterstützung. Die Kundgebungen von welfischer Seite seien in vollständiger Sinnesübereinstimmung mit dem Herzog von Cumberland erfolgt. Als dann allerdings der scharfe Ton in der welfischen Presse zu lange angehalten, habe der Herzog von Cumberland den Welfenfürhern nahegelegt, nunmehr mildere Saiten aufzuziehen, da der welfische Standpunkt jetzt auch von der Öffentlichkeit klargelegt sei. Nun komme es darauf an, dem Reichskanzler goldene Brücken zu bauen, damit es ihm gelinge, im Bundesrat eine Mehrheit für die Aufhebung des bekannten Bundesratsbeschlusses zu finden.

Diese Zeiten beleuchten nicht nur die angebliche Liebesheirat des Cumberlanders eigenartig, sondern sie illustrieren auch das Gottesgnadentum der Fürsten. Als angestammter Gottesgnadenmann kann der Cumberlander nicht anders handeln, als in den Zeiten der „Frankfurter Nachrichten“ angegeben wird. Warum daher der Lärm auf der Seite der preussischen Patrioten? Man könnte ihn gut heißen, wenn er der Parole gelten würde: Keine Zerplitterung im Reiche, fort mit der Kleinstaaterei, her die Republik!

Nationalliberaler „Sauerdenton“.

Die „Nationalzeitung“, die noch immer national-liberales Parteiorgan ist, widmet einem national-liberalen „Bruderblatt“ folgende Zeilen:

„Ein Blättchen, das uns durch freundliche Vermittlung eines Lesers unseres Blattes überhaupt zum erstenmal zu Gesicht kommt, das „Verenbrüder Kreisblatt“ (Amtliches Organ der Stadt Quadenbrück) darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, auf dem Gebiete der Unversämtheit einen Reford im Zeitungswesen erzielt zu haben. Das Subjekt, das in dem amtlichen Organ der Stadt Quadenbrück Redaktion spielt, nimmt die Begründung einer neuen Berliner Zeitung zur Veranlassung, seinen Lesern zu erzählen, daß diese Gründung um so notwendiger war, als die „Nationalzeitung“ nun in ihrer Nebenausgabe als 8-Uhr-Abendblatt ein anscheinend nur kümmerliches Dasein fristet.“

Die „Nationalzeitung“ stellt dann fest, daß das Kreisblatt einen von ihr gebrachten Artikel einfach abgeschrieben hat und schließt ihre Epistel an die Adresse des Parteifreundes mit diesen Sätzen:

„Der Quadenbrücker Schriftleiter hat also an seinem Abschreibertum in demselben Artikel, in dem er unser Blatt „pflichtgemäß“ attackiert, dieses selbst wie ein „Wegelagerer“ geplündert. Das ist der Gipfel der Unversämtheit.“

Wenn die nationalliberalen Agitatoren wieder einmal über angeblich sozialdemokratischen Sauberdenton jähren, dann kann man ihnen ruhig diese Leistung eines ihrer führenden Organe unter die Nase reiben.

Mzu scharf macht scharf.

Die Wahrheit dieses alten Sprichwortes muß der konservative Oberamtman von Karlsruhe, der kürzlich in einer Wählerversammlung bei Karlsruhe sich dazu verließ, unter Berufung auf das Ministerium einen Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten anzukündigen, die dem Großblod Vorparandienste leisten, an sich selbst erfahren. Nachdem die Rede des Herrn Oberamtmanns an die Öffentlichkeit gebracht und kommentiert worden war, sah er wohl ein, daß er sich schwer verrannt hatte und nun ließ er eine Berichtigung los, in der er sich darauf hinausredete, er habe die konservativen Wähler gegen Wahlbeeinflussung schützen wollen. Abgesehen davon, daß es dem Herrn Oberamtman schwer fallen würde, zu beweisen, daß einmal ein konservativer Beamter sich als Wähler zugunsten des Großblods hätte beeinflussen lassen, passiert ihm jetzt noch ein anderes Malheur. Seine Wahlrede ist nämlich im Stenogramm aufgenommen und die Stelle seiner Rede, die berechtigtes Aufsehen und Widerspruch erregte, ist von den Berichtstattern verschiedener Zeitungen in fast gleichlautendem Wortlaut festgesetzt. Damit ist die Berichtigung gründlich „ad absurdum“ geführt.

Erledigtes Reichstagsmandat.

Sonnabendvormittag starb in Loewitz der Zentrumsabgeordnete Florian Klose, Vertreter des ostpreussischen Wahlkreises Leobischütz, im Alter von 67 Jahren. Der Verstorbene vertrat den Wahlkreis (Oppeln 9), der zurzeit noch ein sicherer Bestand des Zentrums ist, seit 1887. Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1912 erhielt Klose von 10 094 gültigen Stimmen 8663.

Keine Herbsttagung des preussischen Landtages.

Eine politische Korrespondenz meldet, im Staatsministerium bestehe keine Neigung, den Landtag im November bereits einzuberufen; die meisten Ressorts hätten sich gegen eine Herbsttagung ausgesprochen. Die Einberufung des Landtages erfolgt also wieder erst Anfang Januar, trotz des Wunsches des Abgeordnetenhauses.

Zum neuen Krupp-Prozess

erfährt die „Tägl. Rundschau“, daß Bureauvorsteher Brandt angeklagt ist wegen Vergehens gegen den § 333 des Strafgesetzbuches (Gewährung von Vorteilen an Militärpersonen, um sie zu Pflichtwidrigkeiten zu veranlassen) und wegen Vergehens gegen den § 4 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse (ohne Absicht die Sicherheit des Deutschen Reiches zu bedrohen). Direktor Eccius, der „Leiter der Abteilung für die Lieferung des gesamten Kriegsmaterials für das Deutsche Reich“ ist angeklagt, Brandt Beihilfe geleistet zu haben. Die Staatsanwaltschaft vertritt den Standpunkt, daß Direktor Eccius als der verantwortliche Dezernent der Firma Krupp wissen mußte, daß das Brandtsche „Kornwäzermaterial“ zum Teil auf nicht einwandfreie Art hergestellt sein konnte, und er (Eccius) die alleinige Verantwortung dafür trägt, daß Brandts Treiben solange geduldet wurde. Direktor Eccius verantwortet sich damit, daß der von Brandt ausgeübte geheime Nachrichtenendienst schon unter seinem Vorgänger, dem inzwischen verstorbenen Direktor Budde, eingerichtet wurde. — Als Zeugen sind sämtliche Angeklagte aus dem Tiliaprozess und ein Teil der Zeugen und Sachverständigen aus dem Prozess gegen die Jengoffiziere geladen. Geladen ist ferner der frühere Berliner Vertreter Krupps, v. Mecken, und ein gewisser Linke, der von der Staatsanwaltschaft als neuester Belastungszeuge benannt ist.

Die Angeklagten haben sich bekanntlich am 23. Oktbr. vor der 11. Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu verantworten.

Konservativer Ablehnungsversuch.

Es ist unglaublich, mit welcher Unversöhnlichkeit die „Konservative Korrespondenz“ — die die ganze blaue Provinzpresse füttert — gerichtlich festgestellte Tatsachen abzuleugnen versucht. Vor etlichen Tagen fand nämlich in der mecklenburgischen Stadt Waren ein Beleidigungsprozess des fortschrittlichen Abgeordneten Wendorf gegen den dortigen konservativen Parteisekretär statt. In diesem Prozess wurde zeugeneidlich festgestellt, daß der Vorsitzende des konservativen Vereins in Waren, der Maurermeister Reinholz, zu einem ihm bekannten Sozialdemokraten gegangen ist und mit diesem gesprochen hat über die damals bevorstehende Stichwahl bezw. über das Zusammengehen bei dieser. Diese Tatsache der Unterredung hat die konservative Presse selbst in ihren Prozessberichten mitgeteilt. Sie brachte dann hinterher zur Entschuldigung des konservativen Unterhändlers eine Erklärung des Kreisvorsitzenden der Konservativen, eines Herrn von Grundlach, worin gesagt wurde, der konservative Vereinsvorsitzende habe jene Unterredung nur als eine private gepflogen. Die Tatsache an sich wurde also nicht zu bestreiten gewagt. Aber jetzt bringt die „Konservative Korrespondenz“ (Nr. 79) eine „authentische Darstellung“, in der mit der Wahrheit geradezu Schindluder getrieben wird! Es wird nämlich schlankeweg diese Unwahrheit verkündet:

Schließlich haben sowohl der Vorsitzende des sozialdemokratischen Kreisvereins, wie noch ein anderes als Zeuge genanntes Mitglied der Sozialdemokratie im Kreise Waren vor Gericht unter ihrem Eide ausgesagt, daß zwischen ihnen und Herrn Maurermeister Reinholz niemals eine Unterredung stattgefunden hat.

Diesen offenkundigen Schwindel drückt nun die konservative Provinzpresse nach, sogar die Junkerorgane, die vor ein paar Tagen mit der Wiedergabe der Erklärung des Herrn v. Grundlach und vorher mit dem Prozessbericht die Tatsache der schandvollen Unterredung selbst veröffentlicht haben!

Angesichts dieses erlaublichen Verdamnelungsmanövers der Konservativen sei hier mitgeteilt, was die liberale „Koscher Zeitung“ über die Zeugenvernehmung vor dem Schöffengericht in Waren ausführlich berichtet. Es ist dort zu lesen:

„Zeuge Müller (Soz.) sagt aus: Zwischen Haupt- und Stichwahl kam Herr Reinholz (der Vorsitzende des konservativen Ortsvereins) zu mir und bat mich, dafür zu sorgen, daß meine politischen Freunde in der Stichwahl Herrn von Malchan wählen möchten, da dann möglicherweise die Maurerarbeiten für die Grasschaft Waschow wieder nach Malchin kommen würden, was doch auch für die Maurer und Zimmerleute gut sein würde. Ich habe Reinholz erwidert, daß das wohl nicht in seiner Macht stehe und daß mir übrigens für die Stichwahl besondere Bedingungen stellten. Da fragte Reinholz, ob wir schon mit den Liberalen ein Stichwahlabkommen geschlossen hätten. Ich antwortete: Es seien Verhandlungen im Gange, aber noch nicht abgeschlossen. Da sagte Reinholz: Spaz beiseite. Welches sind Ihre Bedingungen? Ich erwiderte: Die vom Jenaer Parteitag aufgestellten. Reinholz verlangte diese zu lesen. Ich gab sie ihm. Er las sie durch und meinte: Den ersten Teil derselben würde Herr von Malchan wenigstens auch unterschreiben. Den letzten dagegen nicht. Den würden auch die Liberalen wohl nicht unterschreiben. Ich habe Reinholz dann gesagt, ich sei für weitere Verhandlungen nicht zuständig, er müsse sich an unseren Vorsitzenden Arbeiter Johann Krüger wenden. Auf Befragen durch den Richter sagt Müller aus: Ich bin jetzt nicht Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Vereins. Ich war es aber bis vor einigen Jahren.

Der Arbeiter Johann Krüger (Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins) sagt aus: Ich hörte von meiner Frau, daß zwischen Hauptwahl und Stichwahl Reinholz mich habe sprechen wollen.

Zeugin Frau Krüger sagt aus: Herr Reinholz war zwischen Haupt- und Stichwahl in unserm Hause und wollte meinen Mann sprechen, Der war aber nicht zu Hause.“

In ihrer Nummer 80 kommt die „Konservative Korrespondenz“ noch einmal in einer Polemik gegen die „Frankfurter Zeitung“ auf die Angelegenheit zu sprechen und verächtlich ab: „Sowohl der Herr Maurermeister Reinholz, der als die Persönlichkeit genannt worden war, die angeblich mit Vertretern der Sozialdemokratie in Verbindung getreten sein sollte, wie die Führer der Sozialdemokratie selbst in jenem Kreise haben vor Gericht unter ihrem Eide ausgesagt, daß niemals zwischen ihnen eine Unterredung stattgefunden hat, geschweige denn eine auf die Reichstagswahlen bezügliche Vereinbarung getroffen worden ist.“

Dreißiger kann die Wahrheit allerdings nicht auf den Kopf gestellt werden.

Zum Knittel-Prozess.

Auffällige Mitteilungen über behördliche Richtbeeinflussungen im Knittel-Kammer-Prozess macht die klerikale „Schlesische Volkszeitung“ in einem Leitartikel der Sonntagnummer, der wie folgt schließt: „Zum Schluß noch einige Bemerkungen; sie können vielleicht etwas Licht in die ganze Affäre bringen. Es wird uns nämlich von einer Stelle, die über die einschlägigen Verhältnisse sehr gut informiert ist, mitgeteilt, daß eine sehr hohe richterliche Behörde der Provinz Schlesien über das Ratibor Urteil sehr ungehalten, wenn nicht empört gewesen ist. Ferner sei diese Stelle mit der Leistung in Ratibor nicht besonders zufrieden gewesen. Nach einer einschlägigen Bestimmung muß nämlich das Urteil binnen drei Tagen bei den Akten sein und der betreffende Referent in Ratibor mußte in einer Nacht das Urteil von 144 Seiten entwerfen. Aber Urteil und Begründung erregten wiederum das Mißfallen der in Frage stehenden Behörde, die diesem Mißfallen darüber sehr laut Ausdruck gab, besonders darüber, daß in der Begründung die Militärverwaltung so angegriffen worden sei. Man sagt uns sogar, es seien bezüglich der weiteren Behandlung des Falles Knittel nicht mißzuverstehende Wünsche geäußert worden. — Diese Information glaubten wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen.“

Die „Volkszeitung“ teilt außerdem mit, daß Revision im Prozesse Knittel nicht eingelegt wird.

Frankreich.

„Schwarze Kabinette“ und Loaspizel. In einem offenen Schreiben an den Genossen Presse, dem Vorsitzenden der Liga der Menschenrechte, tritt M. Buzze mit der Anklage hervor, daß die russische politische Polizei, entgegen den Versprechungen Clemenceaus im Juli 1910, in Frankreich geduldet wird und Hand in Hand mit der französischen Polizei ein umfassen des Spitzelnetz organisiert hat. Es ist festgestellt, daß die jetzigen Nachfolger Hartings der bekannten Berliner Loaspizelerzeilung „Schwarze Kabinette“ in Paris eingerichtet haben, in denen die von Agenten abgefangenen Briefe russischer Flüchtlinge geöffnet und zu Spitzelzwecken verwertet werden. Regen Anteil an dieser Spitzeltätigkeit nimmt der berühmte Wiener Loaspizel A. Weismann, der bereits mehrfach wegen gemeiner Verbrechen Zuchthausstrafen verbüßt hat.

Balkan.

Aus dem Hezentessel. Dem serbischen Pressobureau zufolge sind die Albaner bei Dibra, Ohrida und Struga vollständig zurückgeschlagen und aus dem serbischen Gebiete verjagt worden. In der Umgebung von Prizrend wird noch gekämpft; indessen drängten die serbischen Truppen die Albaner aus ihren Stellungen heraus. Der Entscheidungskampf steht unmittelbar bevor. Trotz der entscheidenden Niederlagen der Albaner die aus Belgrad fortgesetzt gemeldet werden und trotz der Meinung der serbischen politischen Kreise, daß die Bewegung der Albaner durch die letzte große Schlacht eingekerkert worden sei, finden fortgesetzt neue Kämpfe mit dem kleinen revoltierenden Volke statt. Der Kampfplan von Prizrend ist mit Leichen überfüllt. Die flüchtenden Albaner befinden sich westlich des Kampflages. Die albanische Kolonne ist vollkommen vernichtet, trotzdem sie den anrückenden Serben heldenhaften Widerstand entgegensetzte. Die Kämpfe um Kallibrod dauern noch an. Auch Nja Boljetina macht den Serben viel zu schaffen, indem er alles, was sich ihm auf dem Wege nach den albanischen Dörfern ent-

gegenstellt, massakriert. Die albanischen Horden, die überall hin zerstreut sind, beginnen sich wieder am Weissen Drin zu sammeln. Eine Kolonne der Albaner unternahm einen erneuten Einfall in Pischkopaja, wobei sie zurückgeschlagen wurde und 200 Mann zurücklassen mußte. Die Regierung hat über Neu-Serbien den Kriegszustand erklärt. Auch im Luga-Gebiet erlitten die albanischen Horden eine große Niederlage, ebenso bei Dpelje Cura und Mamas-tricca. Die serbischen Truppen rieben bei Radowische 200 bulgarische Komitatschis auf. Die serbischen Truppen sind 25 Kilometer weit in albanisches Gebiet eingedrungen.

Nach Konstantinopeler Meldungen bestätigt es sich, daß Dezagatsch nach Räumung durch die Griechen von in Gümüldschina in a gebildeten Militärtruppen besetzt worden ist. — Demnach will die „autonome Republik“ Gümüldschina allen Erstes den Bulgaren den Zugang zum Ägäischen Meer sperren. Die Bevölkerung anerkennt ihre Abtretung an Bulgarien einfach nicht.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Ein türkisches Geschwader, aus drei großen Einheiten und mehreren Torpedobooten bestehend, ist nach der Einnahme von Kohlen und Munition nach den Dardanellen abgegangen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 6. Oktober.

Das Protokoll vom Jenaer Parteitag erscheint in den nächsten Tagen. Das Protokoll kostet in der Vereinsgabe 1,25 Mk. Die Genossen erhalten dasselbe von der Parteio-rganisation zum Vorzugspreise von 65 Pfennigen geliefert. Bestellungen sind baldigst im Parteisekretariat zu machen. Diese können auch schriftlich gemacht (Name und Wohnung des Bestellers auf einen Zettel geschrieben) und in den Briefkasten des Parteisekretariats geworfen werden.

Die Graf-Vorträge, welche der Bezirksbildungsausschuss veranstaltet, beginnen heute abend im Gewerkschaftshaus. Die Teilnehmer werden ersucht, spätestens um 8 Uhr zu erscheinen. Im Saal sind sowohl Karten für den ganzen Kursus als auch Karten zu den einzelnen Vorträgen zu haben.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Septbr. auf 1196 (1216), die der Besucher auf 1321 (1370). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 171 Personen. Mithin sind im Monat Sept. 1025 (1087) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1273 (1291), darunter nach auswärts schriftlich 41 (31). Von den Besuchern waren organisiert 708 (617) Personen, und zwar gewerkschaftlich 336, politisch 36, gewerkschaftlich und politisch 336. Unter den verbleibenden 613 Nichtorganisierten befanden sich 251 Angehörige von Organisierten und 41 Organisations-unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 875 (826) männlich, 412 (516) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1176 (1226); selbständige Gewerbetreibende, Beamte etc. und deren Angehörige 111 (116); Organisationen 34 (28). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 882 (1061) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 129 (112), Oldenburg 87 (76), Mecklenburg 59 (60), Preußen 57 (68), Hamburg 4, Bremen 1, Sachsen 1, Schweden 1. Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall, Invaliden- und Krankenversicherung) 213 (233), Arbeits- und Dienstvertrag 243 (325), bürgerliches Recht 433 (441), Strafrecht 92 (85), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 195 (149), Arbeiterbewegung 19 (11), Privatversicherung 7 (13), Handels- u. Gewerbeachen 7 (14), Verschiedenes 23 (20). Von den Auskünften machten 347 (368) die Auffertigung von 479 (341) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 27 (21) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 228 (198) Postsendungen. Der 29. Septbr. zeigte mit 87 (87) die höchste, der 5. Septbr. mit 40 (40) die niedrigste Besucherzahl.

b. Dritte Strafkammer am 4. Oktober. Ein „rück-sichtsloser“ Dieb, Gewalttäter vorbestraft mit 8 Jahren Zuchthaus und ebenso viel Gefängnis ist der Schlossergeselle B. Einmal wieder frei, sah er hinter dem alten Zollschuppen einen unbeaufsichtigten Wagen, den er für herrliches Gut hielt, für dessen Erlös gerade sein Hunger gestillt werden könnte. Er verkaufte die schottische Karre für ganze 2 Mark an den Gärtnereiarbeiter Sp., und zwar deswegen so billig, damit der Käufer nicht so viel Schaden habe, wenn der Diebstahl ans Licht komme. Die Karre ging dann aus den Händen des ersten Käufers in Verwahrung des früheren Produk-tenhändlers E. über, der dem Gärtnereiarbeiter Sp. einige Mark geliehen hatte. Sie schätzten den Wert nur auf wenige Mark, doch soll er etwa 30 Mark betragen. Dadurch machten sich die beiden letzten der Hehlerlei schuldig. Der Angeklagte B., gegen den 1 Jahr Gefängnis beantragt wurde, ersuchte aus drei Gründen um eine milde Strafe; er habe erstens den Wagen nicht auf dem Grund und Boden des Eigentümers gestohlen, zweitens ihn so billig verkauft, um den Schaden nicht groß werden zu lassen und drittens habe er im Kauf gehandelt; er könnte als Schlosser ganz anders stehen, wenn er wollte. Das Urteil lautet bei B. auf 6 Monate, Sp. 1 Woche und E. 2 Wochen Gefängnis. — Weder B. noch E. sind in der Lehnstasse. In Deutschland ist die Tittelsucht weitverbreitet. Je klugvoller das schmüdende Beiwort ist, desto mehr steigt die Achtung derjenigen, die fest davon überzeugt sind, daß mit dem Titel auch etwas sonstwie wertvolles verbunden wird, was jedoch bei weitem nicht immer der Fall ist. Um seinem Geldverleihgeschäft einen anziehenden Namen zu geben, ließ der frühere Schneidermeister Sp. unter seinem Namen die Bezeichnung „Bankgeschäft“ malen. Er selbst bezeichnete sich als Bankier. Dagegen wurde von interessierter Seite gerichtlicher Einspruch erhoben, und eines Tages kam die Auf-forderung, bis am Abend 6 Uhr das „Bankgeschäft“ auszulöschen — unterm Namen selbstredend nur. Der Bankier Sp. war nun in großer Sorge um einen neuen Titel, er rief hin und herathschlagte her, was unter den Stammnamen gemalt werden sollte, denn die Lücke im Schild mußte, wie er besonders hervorhebt, doch ausgefüllt werden. Schließlich hatte er sich auf das Wort „Darlehnskasse“ versteift. Sp. hat sich bezüglich der Bedeutung des Namens nichts Besonderes gedacht, doch erkundigte er sich vorsichtshalber noch beim Rechtsanwalt, der keine Bedenken gegen diese neue Geschäftsbezeichnung hatte. Auch in der Zeitung prangte die neue Bezeichnung und darunter, was alles zu haben war: Darlehen gegen Mietabtretung, Hypothekenbeleihung, Diskontierung von Wechseln usw. Doch auch den neuen Titel sollte Sp. nicht führen. Es wurde ihm deshalb der Vorwurf des unlauteren Wettbewerbs gemacht und Strafe angedroht. Der Angeklagte gibt in gewandten Worten eine ausführliche Darstellung seines Entwicklungsganges und Geschäfts, das in erster Linie auf der Grundlage eines Hintermannes Dr. Fromme beruht, der der eigentliche Geldgeber ist. Sp. ist überzeugt, daß sein Geschäft ins Bankrott schlage. Mit anderen Banken arbeite er nicht, damit seine Kunden nicht verraten würden. Ganz Lübeck

Verkauf lebender Bunt
vom Boot aus
am Dienstag, dem 7. Oktober
vormittags von 8 Uhr ab an der
Hoffenbrücke,
Eufiner Brücke,
Struckfähre
und
Hüfterforbrücke.

Berta Tiedge
Heinrich Behn
Verlobte.
Lübeck, (7574)

Helene Scharbau
Carl Maass
Verlobte.
Lübeck, den 5. Oktober 1913. (7575)

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten und Bekannten
die traurige Nachricht, daß heute,
am 4. Oktober, abends 5 Uhr, unsere
liebe Tochter

Elsa
im 9. Lebensjahr nach dreitägiger
schwerer Krankheit sanft entschlafen.
Dies zeigen an die tiefbetrübten
Mutter, Bruder und Großmutter.
Offen und Frau, geb. Reher.
Reinhold. (7573)
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, nachmittags 2 1/2 Uhr statt.

Am Sonntag morgen entschlief
nach schweren Leiden unsere
geliebte

Herta
ihrem 10. Lebensjahre. Tief be-
trauert und schmerzlich vermißt von
den Eltern und Geschwistern.
Gottlieb Michaels u. Frau
geb. Schmidt

Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, dem 8. Oktober, nachmittags
5 Uhr von der Kapelle des Vor-
werker Friedhofs statt. Beginn der
Trauerfeier 8 1/4 Uhr. (7577)

Am Sonnabend, den 4. d. Mts.
entschlief infolge Schlaganfall in
Lübeck unsere gute Mutter und
Großmutter

Kau Kähler geb. Schildgnecht
Alter von 77 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, dem 8. Oktober, nachmittags
5 Uhr vom Vorwerker Friedhof
statt. (7578)

Deutscher
Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Hiermit zur Nachricht, daß am
Dienstag nachmittags unser treues
Mitglied, der Former

Hermann Schmidt
verstorben ist.
Wir werden denselben ein ehren-
volles Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, dem 8. d. Mts., um 1 Uhr
trags, vom Trauerhause aus in
Lübeck statt.

Am zahlreiche Beteiligung bittet
die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein
Am Freitag verstarb unser Mit-
glied
Hermann Schmidt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, mittags 1 Uhr, in Stockels-
dorf statt. (7595)
Der Vorstand.

Verband der
Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Lübeck.

Am Freitag, dem 3. Oktober, ent-
schlief nach langem Leiden unser
treues Mitglied
Hermann Schmidt.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen treffen sich zur Be-
erdigung am Mittwoch, dem 8. Ok-
tober, mittags 12 Uhr, im Verkehrs-
lokal, Rolf 6. (7592)

Gesucht eine geübte Plätterin
(7585) Gr. Altfähre 5.

Tüchtige
Arbeiterinnen
werden gesucht.
Heinr. Ihde Nachf.
Töpferweg 63. 7546

Gesucht z. 1. Nov. nach d. Bande
in der Nähe Lübecks ein Mädchen,
welches melken kann, bei gutem Ge-
halt. (7594) Näh. Armitstr. 11b.

Leeres Zimmer zum 1. Novbr.
zu mieten gesucht. Angebote unter
M D 21 an die Exp. d. Bl. (7579)

Gesucht eine Wohnung für Leute
ohne Kinder. Preis bis 200 Mk.
Angebote unter **T E 7** an die Ex-
pedition d. Bl. (7583)

Wegen Erbschaftsregelung
das Haus Al. Kiefau 16.
Herm. Köhn, Regalienstraße 61.

Winter-Balet, Ampel und
Schneefel billig zu verkaufen.
(7592) Selenenstraße 10.

Für die mir von den Mietern der
Kochschen Schiffswerft zuteil ge-
wordene Unterstützung sage hiermit
meinen besten Dank. (7586)
Frau Doris Utesch.

Für die mir zuteil gewordene
Unterstützung vom Dampfer „Elsa
Martini“ sage meinen besten Dank.
Ferd. Wagner.
7580

Sterbekasse „Fidelitas“.
Ordentliche Generalversammlung
am Montag, dem 13. Oktober
abends 9 Uhr
im Gewerkschaftshaus,
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:

1. Abrechnung vom verflossenen
halben Jahr.
 2. Vorstandswahl laut § 13.
 3. Anträge.
 4. Innere Kassenangelegenheiten.
- NB. Die Mitglieder werden dringend
erlaubt, recht zahlreich zu erscheinen.
(7565) **Der Vorstand.**

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
wünscht, und seine Bücherei auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem weit über 100000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80
(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch
die Post d. Porto) erhält man kostenlos:
1. die reich illustrierten Monatshefte
Kosmos, Handwörter f. Naturfreunde
mit den Beilägen:
Wandern und Reisen - Wald und Heide - Photo-
graphie und Naturwissenschaft - Technik und
Naturwissenschaft - Haus, Garten und Feld -
Natur in der Kunst - Natur und Heimatschutz.
2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, d. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher
erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche,
Festländer und Meere; Dr. K. Floercke, Einheim.
Fische; Dr. Ad. Koelich, Der blühende See; Dr.
H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A.
Zer, Atom und Moleküle.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
Buchhandlung entgegen,
wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“ Stuttgart.
Probeweise und Probehefte postfrei!

August Bebel
ein Lebensbild von Herm. Wendel
ist erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,**
Johannisstraße 46. — — Preis 50 Pfg.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mit
dem heutigen Tage mein
Restaurant
Dankwartsgrube 13
wieder übernehme und bringe mein Lokal in freundl. Erinnerung,
hochachtungsvoll
C. Casten sen.
7512

: Arbeiter-Bildungsverein :
KONZERT
ausgeführt vom Orchester des Vereins
der Musikfreunde :: :: 52 Musiker
am Sonntag, 12. Oktober,
nachm. 3 Uhr präzise, im „Kolosseum“, Kronsforder Allee.
Eintrittspreis 30 Pfg. **Der Vorstand.**
Karten sind in Lübeck und Stockelsdorf an den bekannten Stellen
zu haben; für Schwartau im Konsumverein. 7381

Metropol-Theater
gegenüber dem Rathaus.
Der Kiefenerfolg und die **ungeheure Nachfrage**
veranlassen uns, den Romanfilm
Die letzten Tage von Pompeji
bis auf weiteres 3 mal täglich, um 4, 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr aufzuführen.
Man wolle gefl. die Nachmittags-Vorstellung
besuchen, da Abends an den Kassen ein zu
großer Andrang ist.
Lesen Sie bitte die hervorragenden Berichte über unseren Film
Pompeji in den Tageszeitungen. 7591

Öffentl. Versammlung
der
Hausdiener
am Dienstag, dem 7. Oktober 1913
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Welche Organisation vertritt die Interessen ihrer
Mitglieder am wirksamsten?
2. Freie Aussprache.
Kollegen! Eure Pflicht ist es in dieser Versammlung zu erscheinen,
da Euch hier auseinandergesetzt wird, wie Ihr Eure Verhältnisse ver-
bessern könnt und wo Eure Interessen am wirksamsten vertreten werden.
7577 **Der Einberufer.**
Konzerthaus Fünfhausen
Morgen Dienstag: 7593
Groß. Ball der Bedienung.
Anfang 8 Uhr. Ende morgens. Die Bedienung.

Wegen Familienfeier bleibt
mein Geschäft d. 7. Okt. nach
3 Uhr geschlossen. 7571
Heinr. Schütt, Augustenstr. 14

Deutscher
Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung!
Wertstätten- u. Bezirks-
Vertrauensleute.

Versammlung
am Mittwoch, dem 8. Oktober
abends präzise 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
7596) **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 8. Oktober 1913
abends 8 Uhr (7570)

im **Kolosseum:**
2. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Solist:
Herr **Arthur Scharf** (Flöte).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Peer Gynt-Suite Nr. 1 . . . E. Grieg.
Ouverture zur Oper „Mignon“
A. Thomas.
Walzer „Auf Glückeswogen“
E. Waldteufel.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger.

Eintrittspreis 50 Pfg. Im Vor-
verkauf 10 Eintrittskarten 3 Mk.
Einzelkarten 40 Pfg. bei den be-
kannten Verkaufsstellen zu haben.
Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vor-
verkauf 10 nummerierte Eintrittskarten
5 Mk. Numerierte Einzelkarten 60 Pfg.
nur bei Ernst Robert, Breite
Straße 54.

„Cines“
Hansa-Theater.
Neues Programm.
Varieté u. Lichtspiele
London bei Tag und Nacht
Szenische Ausstattungs-Revue
in 3 Tableaux von Rousby.
Herd & Gard
Zwei lustige Musikanten.
Bekeffe sisters
Internationale Tänzerinnen.
Ferner unsere renommierten
Lichtspiele.
Vorstellung: Wochentags 8 1/2 U.
Sonntags 4 u. 8 U.
Eintrittspreise v. 40 Pf. an
7590 Ab:
Freitag, 10. Oktober
Quo vadis?
Das gewaltigste Film-Drama
aller Zeiten.
Die Sensation der Welt.
Reduzierte Preise von 25 Pfg.
bis 75 Pfg., Logenplatz 95 Pfg.
Vorverk. bei Friedr. Nagel u. Sager.

Neues Stadttheater.
Montag, den 6. Oktober:
18. B. i. Boll-Pl. 3. B. i. Mont-Pl.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr
Hobelt tanzt Walzer.
Operette von Leo Ascher.
Große Preise.
Dienstag, den 7. Oktober:
19. B. i. Boll-Pl. 4. B. i. Montag-Pl.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Der Kuhreigen.
Oper von Riengl.
Große Preise. (7572)
Mittwoch, den 8. Oktober 1913.
Außer Abonnement. Kleine Preise
Anfang 8 1/4 Uhr. Ende geg. 11 U.
Preciosa.
Schauspiel v. B. A. Wolff.
Musik von G. W. v. Weber.

Bebels Erbschaft.

Die bürgerliche Presse aller Parteirichtungen beschäftigt sich mit der Hinterlassenschaft des Genossen Bebel und behauptet, daß Bebel als Millionär gestorben wäre. Die Artikel und Notizen der bürgerlichen Presse knüpfen meist an eine Nachricht des Pariser „Journal“ an, das berichtet hatte, daß Bebel's Erben in der Erbschaftsdeklaration für die Züricher Verwaltung den Betrag von 1 170 000 Franken angegeben hätten. Diese Nachricht des „Journal“ ist unwar. Bebel's Erben haben eine Erbschaftsdeklaration bisher weder bei der Verwaltung in Zürich noch bei der einer anderen Stadt abgegeben. Die Erbschaft, die etwa ein Drittel der angegebenen Summe betragen dürfte, ist bisher noch nirgends deklariert worden. Das von Bebel hinterlassene Vermögen stammt zum größten Teile aus einer Erbschaft, die Bebel im Jahre 1904 gemacht hatte. Damals hatte ihn der bayrische Leutnant a. D. R. zum Miterben seines Vermögens eingesetzt. R. hatte außer Bebel einen Bruder bedacht, seine anderen Geschwister jedoch nicht. Der Grund für die Enterbung waren Differenzen in der Familie, die mit Veranlassung waren, daß es zu einem ehrengerichtlichen Verfahren gegen R. kam, in dessen Verlauf dem Leutnant R. das Recht, die Uniform zu tragen, aberkannt worden war. In diesem Verfahren hatte R. den Genossen Bebel wiederholt um Rat gefragt, und auch persönlich eine Zusammenkunft mit ihm gehabt. Nach dem Tode R.'s erfuhr dann Genosse Bebel, daß aus dieser Verbindung heraus R. ihn zum Miterben eingesetzt hatte. R. war niemals Sozialdemokrat, ja er war Gegner der sozialdemokratischen Partei, wie aus seinen hinterlassenen Papieren und aus der Abschrift einer Eingabe an Wilhelm I. hervorging. Das Wort Sozialdemokratie kommt im ganzen Testament nicht vor. Aus der ganzen Sachlage ergab sich, daß der Leutnant R. nicht die Partei, sondern Bebel persönlich für ihm persönlich geleistete Dienste mit der Erbschaft bedacht hatte. Das Testament war aber unanfechtbar. Die vom Erbe ausgeschlossenen Geschwister wollten das nicht glauben und wiesen eine Abfindungssumme von 100 000 Mark, die ihnen Bebel bot, zurück. Dagegen willigten sie in einen Vergleich ein, nachdem der gewinnende Teil die gesamten Projektkosten für alle Teile zu zahlen hatte. Vor dem Ulmer Landgericht ging der Prozeß für die Kläger verloren und die Begründung des Urteils brachte ihnen die Ueberzeugung, daß bei den folgenden Instanzen nichts mehr zu erwarten sei. Bebel trat aber aufs neue an die enterbten Geschwister des Leutnants R. heran, obgleich ein gesetzlicher Grund dazu nicht vorhanden war, denn die Erbschaft war ihm sicher. Die nicht bedachten Geschwister des Leutnants R. erklärten sich bereit, die Abfindungssumme anzunehmen, die ihnen Bebel bot.

Das gesamte Vermögen des Leutnants R. belief sich auf über 800 000 Mark, wovon über 400 000 Mark auf Bebel entfielen. Hiervon zahlte Bebel den nicht bedachten Geschwister 132 000 Mark, an die sozialdemokratische Partei gab er 45 000 Mark, an arme Verwandte und Bekannte 18 000 Mark, für Erbschaftsteuer und Gerichtskosten zahlte er 28 000 Mark, so daß von der gesamten Summe von 400 000 Mark dem Genossen Bebel nur 182 000 Mark, also nicht einmal die Hälfte verblieben. Ist anzunehmen, daß irgend einer von denen, die Bebel jetzt wegen seines Vermögens verdächtigen, im gleichen Maße so anständig und freigebig gehandelt

hätte? Was Bebel über diese Summe hinaus an Vermögen erworben hat, stammt aus dem Ertrag seiner Bücher und Schriften, von denen z. B. „Die Frau“ allein 51 Auflagen erlebte. Daß Bebel keine größeren persönlichen Bedürfnisse hatte und bis zu seinem Tode so einfach lebte, wie er das seit Jahrzehnten gewohnt war, wissen alle die, die Gelegenheiten hatten, ihm im privaten und im öffentlichen Leben näher zu treten.

Gegenüber der gemeinen Verdächtigung, als ob Genosse Bebel sein Vermögen im Ausland angelegt gehabt hätte, um es der Kontrolle der deutschen Steuerbehörden zu entziehen und es nicht richtig versteuern zu brauchen, stellen wir ausdrücklich fest, daß Genosse Bebel Jahr für Jahr mit peinlichster Genauigkeit sein Einkommen und Vermögen bei der Steuerbehörde deklarierte. Wenn in der bürgerlichen Presse weiter „angenommen“ wird, daß Bebel als Mitglied des Parteivorstandes 6000 Mark Jahresgehalt bezogen habe, so ist auch diese Behauptung aus den Fingern gelogen. Bebel hatte als Vorsitzender der Partei eine monatliche Entschädigung von 50 Mark zu beanspruchen. Bebel hat diesen Betrag jedoch niemals erhoben, sondern diese 50 Mk. der Parteikasse überwiesen, worüber monatlich in der Parteiquittung öffentlich quittiert worden ist. Ebenso unwar ist es, daß Bebel für die Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit“ ein jährliches Fixum von 3000 Mark bezogen hat. Weiter ist unwar, daß Bebel vom „Vorwärts“ ein Fixum bezogen hat. Auch für Artikel, die Genosse Bebel gelegentlich für den „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ schrieb, bezog er kein Honorar.

In seinem Testament hat Bebel der sozialdemokratischen Partei 20 000 Mark vermacht und außerdem vermacht er 10 000 Mark zu Unterstützungszwecken dem Verein Arbeiterpresse. Ferner hat Bebel der Stadt Wehlar 6000 Mark vermacht und außerdem setzte er an sonstigen kleineren Legaten 3000 Mark aus.

Seit dem Tode Bebel's sind den Erben des Genossen Bebel schon sozial Bittbriefe um Unterstützung zugegangen, daß das hinterlassene Vermögen viel größer sein müßte, als es tatsächlich ist, wenn all diesen Gesuchen auch nur zu einem Teile entsprochen würde.

Die Greuel des Balkankrieges.

Die Mitteilungen über die wahnsinnigen Greuel der Soldateska auf den Schlachtfeldern des ersten und zweiten Balkankrieges wollen kein Ende nehmen. Eine der kriegführenden Regierungen beschuldigt die andere unerhörter Greuelthaten, und der Gegner antwortet mit den gleichen Anschuldigungen. Es steht jetzt nach allen Berichten und Nachrichten der Ärzte und Zeitungsberichterstattung fest, daß jede der kriegführenden Nationen ihr Möglichstes getan hat, die andere an solchen Greuelthaten und Verwüstungen zu übertrumpfen. Vor kurzem ist als letzter Beleg ein faktiler Auszug aus den Briefen veröffentlicht worden, die bei einem Courier des 19. Regiments der 7. griechischen Division gefunden worden sind, als er durch bulgarische Truppen in der Gegend von Razlog gefangen genommen wurde. Diese Auszüge, die auch uns zur Verfügung gestellt worden sind, beziehen sich also auf Briefe, die in keinem Fall für die Öffentlichkeit bestimmt waren, die rein persönlich-familiärer Natur sind und denen man aus diesem Grunde in ihren positiven Angaben noch mehr Glauben schenken darf, wie jenen Berichten der Ärzte

und Zeitungskorrespondenten, die doch von vornherein für die Öffentlichkeit geschrieben waren.

Aus der Fülle des entsetzlichen Materials, das in diesen Briefen niedergelegt ist, die bei dem griechischen Courier abgefangen wurden, geben wir hier einiges wieder.

In einem Briefe vom 11. Juli 1913 lesen wir: „Dieser Krieg ist außerordentlich grausam gewesen. Wir haben alle Dörfer, die schon von den Bulgaren geplündert worden, angezündet. Jene zünden die griechischen Dörfer an, wie zünden die bulgarischen an. Diese massakrieren, und wir massakrieren alles, was von ihnen unter unsere Hände kommt. Ueber 1200 Gefangene, welche wir bei Nigrita gemacht, sind auf 41 in den Gefängnissen zusammengeschmolzen, und wir haben die Absicht, keinen von dieser Rasse am Leben zu lassen.“

Aus einem Briefe vom 12. Juli 1913: „Auf diesem Marsche haben wir einen Kampf mit bulgarischen Comitadschas gehabt. Wir haben sie zerstreut und die größte Zahl getötet. Dann haben wir die beiden Dörfer Doukli und Banika angezündet und dann die schrecklichen Comitadschas durch das Feuer und durch die Bajonette hindurchlaufen lassen. Ausgenommen wurden allein die Frauen, die Kinder und die Greise, die noch eine grausamere Strafe zu erwarten hatten.“

In einem anderen Briefe vom 12. Juli 1913: „Hier in Brondou habe ich 5 Bulgaren mit einem Mädchen aus Serres gefangen genommen. Wir haben sie in eine Wandeltreppe eingesperrt und darin zurückgehalten. Das Mädchen starb. Was von den fünf Bulgaren noch lebend blieb, haben wir geblendet.“

In dieser Art geht es durch die ganzen Briefe. Alles wird niedergebrannt, massakriert, ins Feuer gestochen oder auf noch grausamere Art getötet. Die Frauen und Mädchen werden geschändet, die Kinder und Eltern müssen das mit ansehen, um nach der Exekution ihrer Angehörigen das gleiche Schicksal zu erleiden.

Unterm 15. Juli schreibt einer in einem Briefe, daß er nicht glaubt, daß seit Christi Geburt jemals solche Grausamkeiten vorgekommen seien. Die Einzelheiten seien unbeschreiblich, und was davon mitgeteilt wird, ist in der Tat nicht wiederzugeben. Es sind immer die gleichen wahnsinnigen Methoden des Krieges, und wenn man zwei, drei Briefe in dieser Sammlung gelesen hat, hat man alle gelesen. Ihr besonderer Wert besteht lediglich darin, daß sie eben niemals für die Öffentlichkeit bestimmt waren, und daß sie darum ein um so zuverlässigeres Material darstellen für die Beurteilung der Verbrechen nicht nur des Balkankrieges, sondern der Kriege überhaupt.

Süben und drüben.

Die Forderung einer Erhöhung der bayerischen Zivilliste um 1 069 000 Mark angesichts eines Stats, der für die von dem Nutznießer der Zivilliste selbstgeforderte Arbeitslosenversicherung keinen Fennig übrig zu haben behauptet — das muß wie Prügel auf den hungrigen Magen der Arbeiter wirken. Die Leute, die das fertig gebracht haben, die müssen jenseits aller Talsachen leben. Sie müssen und dürfen, wenn man für sie überhaupt noch eine Entschuldigung gelten lassen soll, von den Verhältnissen, die zurzeit in Deutschland herrschen, keine Ahnung haben.

Sehen wir uns doch nur einmal die Tabellen zur Arbeitsmarktstatistik an. Die Statistik des

Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wöhrl.

(4. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

In aller Hergottszüß wurde ich herausgeholt und bekam meine Sachen wieder. Der Gendarm sagte mir, ich solle mich so schnell als möglich aus dieser Gegend schieben. Den Reim darauf machte ich mir selber. Ich ging, ohne mich groß anzuschauen. Als mich hungerte, schnitt ich einen Haselstock ab und schlug damit Äpfel von den Bäumen, wie ich zwei Tage vorher von den anderen gesehen hatte.

Zum Ueberrachten fehlte mir das Geld. Ich beschloß, eine Platte zu reihen. Der Zufall war günstig. Kurz vor einem Städtchen sah ich auf dem Friedhof eine Kapelle stehen, die mir geeignet schien. Ich wartete die Dunkelheit ab, und als weit und breit kein Mensch mehr zu sehen war, überstieg ich das Kapellengitter und legte mich neben einen Steinhaug auf den Boden. Mitten in der Nacht weckte mich ein wüßtes Geheul. Der Friedhof lag taghell, die Grabsteine waren pures Silber und warfen lange Schatten. Vor dem Gitter stand ein großer Bernhardsiner, der heute bald mich, bald den Mond an. Erst glaubte ich zu träumen. Doch pfeifte ich mich einige Male ins Bein und da's weh tat, merkte ich, daß doch alles Wirklichkeit sein müsse. Aber dann dachte ich wieder, vielleicht hast du eine Erbscheinung. Zwar an Gespenster glaubte ich nicht, doch besser ist besser, so betete ich in der Eile ein Sprüchlein, das ich noch von der Großmutter selig her wußte. Ich sprach mir selber Mut zu, sagte: Alle guten Geister loben den Herrn, packte meinen Stecken und schlug mit aller Gewalt durchs Gitter hindurch, dem Hund auf die Schnauze. Der stand einen Moment lang totentstarrt; dann schnellte er auf und jauchte davon. Sein Gemaurre hörte ich noch lange. Mit dem Schlafen wars vorbei; nachträglich jagte eine Gänsehaut die andere. Ich stieg aus der Kapelle heraus und ging an den schweigenden Gräbern vorbei der Landstraße zu. Bei Tagesanbruch war ich ein gutes Stück weiter.

Die Sonne stand hoch, ich dachte bereits daran, unterzuliegen, da sah ich auf der Straße einen kleinen Handfarren stehen. Nicht weit davon im Baum Schatten sah ein verkrüppeltes Männlein und es Ungeheißenes bot es mir aus seiner Oberstufe zu trinken an. Bald saßen wir so fabel zusammen, als könnten wir uns schon jahrelang. Ein Wort gab das andere, ich erfuhr, daß Pettjean ein Belgier sei und sich hier mit Hausieren beschäftige und recht durchschlage. Aus der einen Oberstufe wurden zwei, als diese leer waren, kam noch

eine dritte und eine vierte daran. Bei der fünften versprach ich ihm, sein Kompagnon zu werden. Pettjean wußte in der Nähe eine Ferme, wo wir unsere Käusche ausschlagen konnten. Mitten in der Nacht fing der Belgier an zu brüllen: „Zu Hilfe! Es liegt ein Toter neben mir, ich spüre schon seinen Fuß!“ Es löschte mich Mühe genug, ihm diesen Wüßsin auszureden. Frühmorgens kaufte uns der Bauer einige Kleinigkeiten ab; ich schob den Karren weiter; von einem Ort gingt in den anderen. Das Geschäft blühte; den Bauernweibern konnte der Krüppel alles ausfügen. Es gab auch Abwechslung. Roggehirn hatten wir im Karren, Schmalz war billig, und wo der Kleine einem Huhn oder einer Gans den Hals abdreßen konnte, besann er sich nicht zweimal. Darin war er Meister. Das Rupfen und Ausnehmen war meine Sache. So kamen wir zu manchem schönen Braten. Trafen wir Wirtschaften, die Gäste hatten, ließen wir den Karren stehen; ich spielte drin auf, der Belgier sammelte ein, ging aber von keinem weg, bevor er etwas hatte. Diese Einnahmen teilten wir.

Die Bauern hatten eine hündische Freude, wenn sie Pettjean recht betrunken machen konnten. In solchen Stunden verschachte er sich oft und ich kam dahinter, daß sein Hausierhandel nur ein Mittel war, unauffällig falsches Geld unter die Leute zu bringen. Dies gelang ihm leicht; wir waren ja täglich in anderen Ortshäusern. Hin und wieder zeigte er mir lachend eine Zeitung, worin stand, daß da und da falsches Geld eingemommen worden sei. Auf meine Vorhaltungen grinst er nur: Die Hohlköpfe und Tintenschlecker kriegen mich nicht. Ich müßte nicht Pettjean sein.

Diese Wahrnehmungen taten ihre Wirkung auf mich. Während der Kleine einen seiner Gewalttäusche ausschleufte, stiefte ich davon. Unterwegs stieg ich in einem Weinberg den reifen Trauben nach und kam dabei mehr und mehr von der Straße ab. Schließlich fand ich ein verlassenenes Landhäuschen. Ich rief; niemand gab mir Antwort, ich ging hinein. Keine Türe war ganz, von Fensterrahmen und Läden sah ich keine Spur mehr, in den Zimmern hingen die Tapeten und Verkleidungen felsenweise herunter. Der Garten war in Ordnung. Das wunderte mich; umso mehr, als nirgends Obst abgepickt war. Die Stachel- und Johannisbeeren waren überreif, die Zuckerpflaumen und Frühbirnen lagen haufenweise auf der Erde und faulten. Mir gestiel der Platz ausnehmend und ich richtete mich im oberen Zimmer ein. Bierzehn Tage dauerte meine Herrschaft; kein Hund, kein Geflügel störte mich. Ich spielte den Naturmenschen und lebte nur in Früchten. Wenn ich satt war, legte ich mich nackt in die Sonne, ließ mich von allen Seiten anscheinen, oder schaute den Wolken nach, sann auf Berge oder schlief. Nur

selten hörte ich auf der Landstraße ein Fuhrwerk vorbeifahren und eine Peitsche knallen. Einmal trug mir der Wind ein helles Mädchenlachen zu, das brachte mich auf wunderliche Heimwehgedanken.

Dieses Nur-Obstessen konnte ich auf die Dauer nicht aushalten. Ich wanderte weiter und hatte schlechtes Wetter bereicht. Immer wieder überzog sich der Himmel mit niederträchtigen grauen Wolken. Bald fielen die ersten Tropfen. Weit und breit kein Haus, kein schützender Baum. Anfangs lang ich und war lustig. Aber als das Wasser immer eindringlicher an mir niedertropfte und mich durchnäßte, wurde ich wild und brütete harte Gedanken. Ich verwünschte tausendmal, fort zu sein. Doch hatte ich mehr Glück als ich verdiente. Im nächsten Ort nahmen mich Arbeiterleute auf und trockneten meine Kleider. Auch fürs Ueberrachten sorgten sie. Die ganze Familie schaute mir beim Essen zu; sie konnten wohl staunen, ich ah alle Schüssel leer, das war den guten Leuten mehr wert als ein Schauspiel. Als der Mann in der Frühe in die Fabrik ging, nahm er mich eine Strecke weit mit und zeigte mir den Weg. Seiner Schätzung nach waren es bis Paris noch flehzig Kilometer. Diese marschierte ich in zwei Tagen und passierte den Vorort Charenton. Ich war ehrlich erstaunt über den reißigen Verkehr und fürchtete immer, überfahren zu werden. Auf der Seine, die hier kaum ein Drittel so breit ist, als bei uns der Rhein, fuhrn große Dampfer. Ueberall wohin ich schaute, Leute und Leben. Arbeiter in schmutzigen Hemden gingen neben den feinsten Herren. Und die Mädchen erst! Freilich waren viele wacklige Gesichter darunter, aber doch hin und wieder ein so raffiges und feines, daß ich stehen blieb und ihm offenen Mundes nachschaute.

Tagsüber lief ich ziel- und zwecklos in der Stadt umher, aus dem Verwundern kam ich gar nicht heraus. Als es Nacht war, setzte ich mich auf eine Bank und schlief trotz dem Gelärme der vielen Wagen und Passanten. Ich erwachte; die breite Straße menschenleer, nur hie und da ein verspätetes Pärchen. Ein Mann kam, der die Gaslaternen auslöschte. Ratten krochen aus den Abflughäfen und suchten Futter. Zwei Polizisten, die vorbei gingen, nahmen mich mit auf das Kommissariat. Dort konnte ich auf einer Holzpritsche die Nacht vollends durchfristen. Um neun Uhr wurde ich einem Beamten vorgeführt; dieser gab mir die Adresse des deutschen Konsulats in der Rue de Lille. Ich ging hin und mußte über eine Stunde warten, bis man mich vorließ. Aber ich wurde mit leeren Worten abgepeißt und an den Hilfsverein in der Rue de Bondy verwiesen. Als ich mich mit vieler Mühe dorthin durchgefrenkt hatte, war geschloffen. In der Türe stand ein Zettel, daß nur Dienstags und Freitags geöffnet sei. Es

Arbeitsmarktes ist in Deutschland noch sehr mangelhaft, wenn das reichsstatistische Amt nicht die fortlaufenden Mitteilungen der Gewerkschaften und die Berichterstattung der kommunalen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise hätte, dann läße es traurig aus. Sehen wir uns die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im August 1913 genau an, dann finden wir, daß 494 000 Arbeitsuchenden nur 317 000 offene Stellen gegenüber standen. Das heißt:

unter hundert durch Arbeitsnachweise Beschäftigung suchenden Arbeitern konnten nur vierundsechzig offene Stellen nachgewiesen werden.

Welch ungeheuerliches Elend! Unter der halben Million Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich im August dieses Jahres bei Arbeitsnachweisen einschreiben ließen, war für rund 180 000 überhaupt keine Arbeit vorhanden. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß von den offenen Stellen nur zwei Drittel besetzt wurden. Seine Hauptursache hat das wohl mit darin, daß die angebotenen Stellen so schlecht waren, daß sie nicht einmal von Arbeitslosen angenommen sind.

Auf den Arbeitsnachweisen sammelt sich nur ein Teil der arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die eigentliche Gesamtziffer der Arbeitslosen ist viel viel größer. Sie muß heute in Deutschland auf über 500 000 geschätzt werden, aber das Verhältnis der Arbeitslosen zu den vorhandenen Stellen wird schon durch die Statistik der Arbeitsnachweise richtig erfaßt. Im einzelnen sieht es wie folgt aus:

Unter 100 Arbeitsuchenden konnten im August keine Stelle angeboten erhalten:

In Preußen	28
" Bayern	41
" Sachsen	39
" Württemberg	24
" Baden	45
" Hessen	43
" Thüringen	62
" Elsaß-Lothr.	48
" Lübeck	32
" Bremen	35
" Hamburg	46

Im ganzen Deutschen Reich 36.

Die Ziffern sind ungeheuerlich, sie zeigen uns entsetzliches Elend in Hunderttausenden von Arbeiterfamilien. Und angesichts solcher Tatsachen kommt das Zentrumsministerium in Bayern mit einer Erhöhung der Zivilliste um über eine Million Mark! Eine Million Mark sollen mehr für den Vertreter des Königs ausgegeben werden in einem Lande, wo zurzeit unter hundert Arbeitern und Arbeiterinnen nur 59 Arbeitsstellen angeboten werden können, 59 Stellen, von denen ein Teil dabei noch schlechter ist als gar keine. Müßen erst hundert 100 000 Menschen verhungern, ehe drüber eine Million Mark als Luxusausgabe nicht verlangt werden?

Aus der Partei.

Eine alte Parteigenossin, Karoline Seige in Wöschneck, die Frau unseres Genossen Paul Seige, ist im Alter von 88 Jahren gestorben. Eine wackere Frau, die während des Sozialistengesetzes der Partei wertvolle Dienste geleistet hat, bei der in den schweren Zeiten der Partei viele Genossen göttliche Aufnahme fanden, ist mit ihr dahingegangen. Mühte ihr Mann, was keine Seltenheit war, die unireimliche Staatspension aufsuchen, trug sie die doppelten Lasten mit bewundernswürdiger Energie. Ihr Andenken bleibt in Ehren bei allen, die sie kennen und schätzen gelernt haben!

Aus den Organisationen. Eine Parteiverammlung in Grünberg in Schölkau erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitagés einverstanden. Bedauert wurde, daß Genosse David John, der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Grünberg-Freyburg, auf dem Parteitag mit der Minderheit stimmte. Gewünscht wurde, daß Genosse David John seinen ablehnenden Standpunkt in einer Versammlung im Kreise darlegt.

war Mittwoch, also mühte ich noch zwei Tage warten, ehe ich etwas ausgerichtet konnte. Zufällig traf ich einen Kunden dort, der gute Rindern wußte.

Am Abend gingen wir ins „Hof des reniers“. Wir mußten aus einer Reihe von Obdachlosen anschießen und einschreiben lassen. Da war die ganze Reihe zweifelhafter Gesichter vertreten, vom Gemeinheitsläufer bis zum Strizzi. Endlich läutete eine Glocke und wir wurden den Nummern nach aufgerufen. Je zehn Mann durften herein und wurden gebadet. Das ging schnell. Kaum hand man unter der Branje, kam schon der Bäcker und überhäutete einen mit Seifenlauge. Die noch hart nach Apotheke und bis millio-nisch. Nach dem Waschen erhielt man Holzspantoffeln, ein reines Hand und einen sauberen Ängel. War das ein kostliches Gefühl, endlich nach sieben Wochen wieder frische Wäsche auf dem Leib zu haben! Auch eine Suppe gabs, die war sehr geläutet und gepfeffert. Mit Schläfen wurde es aber nichts; auch hier ließen einen die Wangen keine Ruhe. Am Morgen hieß es hinaus. Es war noch früh am Tag, in allen Gassen hand seiner Keibel, überall noch es nach Rauch. Mein Kollege vom vorigen Tag zahlte mir einen Schnaps. Auch sah ich er mir einige Adressen von Deutschen auf, bei denen ich mir etwas holen konnte. Ich tat keine Festhänge, sobald der Wagen zu tan hatte, war auch das innere Gleichgewicht wieder hergestellt. Mittags besuchte ich einen deutschen Friseur, der in der Nähe der Kirche Notre Dame wohnte. Der jagte vielerlei aus; ich mühte ihn auch einige meiner Gedichte zeigen. Eins bezieht er zurück und schenkte mir zwei Duzend Schmarren. Diese galien mir in der Volksküche und zwar jede für ein Mittagessen. Der andere hatte mir gesteuert; als ich ihm die Fettel zeigte, meinte er: Kerl, du hast Schmarren. Wir gingen gleich essen. Den Rest der Nacht verbrachten wir bei einem Bäcker und erhielten einen Franken. Dieser wurde verbrannt.

Am Abend wollte ich nicht mehr ins Hof, mich ein zweites Mal von den Reagen warten zu lassen, war nicht mein Sinn. Ich ging meine eigene Wege. Bei der Kirche St. Hedelene, da der etwas ausgegessert wurde, war ein hohes Geruch; ich lernte hinein und schließ oben auf einem Gängelgasse. Bevor die Kasser entraten, war ich wieder wacker. Ich stante mich; heute war ja Freitag und der Hüpfen offen. Ich ging hier und variere geduldig bis eingeweiht wurde. Immer neue Reagen kamen. Es war wunderbar, wie viel verpackte Deutsche hier herankamen. Aber auch ja. Serle kamen, die unheimlich gelüdet waren.

Das Grab Julius Kräckers wurde am Donnerstag aus der 25jährigen Wiederkehr des Todesjahres von der Breslauer Parteiorganisation und dem Gewerkschaftsartell mit Kränzen und Blumen geschmückt. Außer den bekannten Breslauer Genossen hatte sich der schlesische Parteiveteran, Reichstagsabgeordneter August Kühn, sowie die Tochter des Verstorbenen mit ihrem Gatten, dem Genossen Janitzky aus Berlin, am Grabe des verdienstvollen Vorkämpfers der Breslauer und schlesischen Sozialdemokratie eingefunden. Kracker wurde unter dem Sozialistengesetz als Kranker ins Gefängnis geworfen, wo sich sein Leiden so weit verschlimmerte, daß man ihn kurz vor seinem Tode nach einem Krankenhause überführen mußte.

Gewerkschaftsbewegung.

Textilarbeiter-Ausperrung in Säckingen. Die Seidenstoffwebererei Raef in Säckingen nahm in letzter Zeit Lohnreduktionen vor, die für den einzelnen Arbeiter einen Verdienstausfall von 8 bis 8 Mk. in 14 Tagen im Gefolge hatten. Die Arbeiter, die meist christlich organisiert sind, wollten mit der Fabrikleitung verhandeln, wurden aber abgewiesen. Der Obermeister der Fabrik soll, als die Kommission der Arbeiter erschien, um zu verhandeln, die Türe abgeschlossen haben.

Soldatendifferenzen der Militärjattler in Hannover. In Hannover stehen die Militärjattler in einer Lohnbewegung. Bei der Firma Förster ist es bereits zur einmütigen Arbeitsniederlegung gekommen. Die Firma zahlt für den Lohnmeister 80 Pfg. weniger Lohn als im Berliner Tarif vorge-sehen ist. Sie entschuldigt ihr Verhalten damit, das Bekleidungsamt zahle so niedrige Preise, daß bei dem jetzigen Lohn keine 80 Pfg. Unternehmerrgewinn verbleiben. Die Arbeiter wandten sich beschwerdeführend an das Kriegsministerium, das der Forderung zu Hannover bedeutete, die tariflichen Abmachungen auf jeden Fall zu beachten.

Brauereiarbeiterstreik in Magdeburg. Sonnabend früh haben etwa 200 Brauereiarbeiter in Magdeburg die Arbeit eingestellt. Seit langer Zeit führte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter mit den Unternehmern Verhandlungen, um den Tarifvertrag zu erneuern. Die Arbeiter verlangten eine wöchentliche Lohnzulage von 3 Mk. und eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden. Daneben waren einige kleine Forderungen gestellt. Die Unternehmer zeigten den Forderungen der Arbeiter gegenüber zu wenig Entgegenkommen, so daß es zur Arbeitsniederlegung kam.

Glasarbeiter-Ausperrung in Penzig (Oberlausitz). Am Freitag wurden von den Glashüttenwerken sämtliche Glasmacher und Glasfleißer ausgesperrt. Die beiden größten Betriebe: die Adlerhütten und die Firma Gebr. Puzler haben bisher nur einen Teil ihrer Leute ausgesperrt. Die Zahl der Ausgesperrten dürfte Sonnabend insgesamt 800 betragen. Die Ursachen der Ausperrung sind: Die Arbeitszeit begann bisher um 5 Uhr. Weil jugendliche Arbeiter nicht vor 6 Uhr früh beschäftigt werden dürfen, so machte sich auch für die erwachsenen Arbeiter die Festsetzung des Arbeitsbeginnes um 6 Uhr nötig. Die Unternehmer haben deshalb den Arbeitsbeginn auf eine Stunde später, anstatt auf 4 Uhr nachmittags auf 5 Uhr festgesetzt. Damit waren die Arbeiter nicht einverstanden. Nachdem zuvor durch Anschlag die Ausperrung angekündigt war, wenn nicht bis 5 Uhr nachmittags gearbeitet würde, erfolgte am Freitag die Ausperrung.

Einen nationalen Arbeitertongress, den dritten seines Zeichens, berufen die christlichen Gewerkschaften zum 30. November nach Berlin ein. Zur Beteiligung an diesem Kongress werden alle christlichen und nationalen Arbeitervereine aufgerufen. Die Tagesordnung ist für eine viertägige Verhandlung reichlich bemessen. Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner soll behandelt werden, die Bedeutung der Koalitionsfreiheit für Angestellte und Arbeiter, Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung, die Wohnungsfrage, Arbeitslosenfürsorge und einiges andere. Und daneben soll noch das hochschulzöllnerische Bündnis zwischen Mittelständlern, Agrariern und Zentralverband deutscher Industrieller besprochen werden. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften erwartet von dem Kartell natürlich nichts Gutes und nimmt in seiner neuesten Nummer dagegen entschiedene Stellung. Es erklärt, das Arbeiterprogramm dieses Kartells ließe sich in den Zeilen folgenden Zweck erkennen: 1. Arbeitswilligenloshaltung, Zertrümmerung der Gewerkschaften und der Tarifverträge, um die Arbeiter an der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern, 2. Erhaltung und Vermehrung der Lebensmittelzölle ohne Rücksicht auf die

Auch meine zwei lieben Wiener Bäcker sah ich, mit gemischten Gefühlen zwar; doch sie taten, als wüßten sie von nichts. Endlich war Bureauezeit, ein Diener forderte jedem die Papiere ab. Ich hatte nichts bei mir, als den Geburtschein und war darum der letzte, der hinein kam. Drei Herren saßen an einem Tisch. Während der eine mit mir redete, machten sich die anderen Notizen. Ich erzählte, wie ich daran war, tat nichts hinaus, nahm nichts hinweg. Doch sagten sie, es tue ihnen leid, mit nicht helfen zu können; mein Ausweis sei nicht vollständig. Ich mühte einen Heimatschein beschaffen, sonst ließe sich nichts für mich tun. Nicht einen Ton wußte ich dagegen zu reden, so aufgeregt war ich vor Zorn und Enttäuschung. Wortlos nahm ich meine Klappe und ging. Wohin weiß ich nicht. Ich war so müde. Nur fort, fort; fort von den Menschen, fort von dieser Brut. Ich dachte mancherlei, ob das wohl ein kurzer Tod sei, sich vor die Krambuchen zu werfen; oder ob das Wasser schneller helfe. Lange hand ich auf der Seimebrücke und schaute hinunter, wies gähnte. Dann setzte ich mich in den Anlagen auf eine Bank. Ein alter Herr war mein Nachbar, der betrachtete mich von links und von rechts und redete mich an. Erst französisch, nachher deutsch. Ich sagte Vertrauen und schütete ihm mein ganzes Herz aus. Er nahm mich in seine Wohnung mit. Dort konnte ich die Geige abstellen. Seine Frau brachte Essen. Der Herr hieß Thiel; er erzählte mir, daß er früher sehr vermöglich gewesen sei. Aber dann seien seine Spekulationen daneben geschlagen und er habe nur ein kleines Kapital reiten können, von dessen Zinsen er wußt lebe. In größeren Hotels sammelte er Arbeitslosen, wusch und polierte sie und verarbeitete sie zu Nähenbeschern. Bei diesen Arbeiten half ich ihm, er gab mir alles Lob, und zahlte mir für den Tag 1 1/2 Frs. Essen konnte ich bei ihm umsonst, fürs Schlafen aber mühte ich selber sorgen. Meist ging ich in das Lokal der Heilsarmee in der Rue de Chabrol. Weil ich sah, daß sich die anderen nicht ins Bett legten, um keine Lauge zu bekommen, tat ichs auch. Als ich mich am Morgen ansprechen wollte, war mein Hand weg. Ich knöpfte den Rock bis oben zu, so daß man nichts merken konnte. Herr Thiel ging mit mir zu einem Friseur, der rüchete mich ordentlich her. Dazu mühte ich die Geige holen und einem Bekannten des Herrn Thiel, einem Kapellmeister, vorzuspielen. Dieser erregte mich. Jede Nacht von 10 bis 2 Uhr sollte ich in keinem Streichorchester mitspielen, er zahlte mir für jedesmal vier Franken. Davon konnte ich bequemer leben.

(Zurücksetzung folgt.)

herrschende Teuerung und auf die Ernährungsbedürfnisse des Volkes, 3. Zertrümmerung der Genossenschaften zum Zwecke des gemeinschaftlichen Einkaufs von Lebensmitteln, um den Arbeiter zu hindern, für seinen lauer verdienten Lohn die Lebensmittel günstig einzukaufen. Als nächste Aktion dieser neuen „Arbeitsgemeinschaft“ — so meiert das christliche Blatt — sei ein Verstoß gegen das Koalitionsrecht und Verweigerung aller Maßnahmen zur Verringerung der Teuerung zu erwarten. Das Blatt ist weiter ungehalten darüber, daß diese Arbeitsgemeinschaft bereits den Segen der preussischen Regierung erhalten hat, und zwar durch eine Rede des preussischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer auf der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins für das Rheinland. Als ob von dort etwas anderes zu erwarten wäre! Wird dieser nationale Arbeitertongress in dieser zusammengewürfelten Zusammenkunft der widersprechendsten Meinungen mit seinen Beschlüssen irgend welchen Eindruck auf die Öffentlichkeit machen? Wir glauben's kaum. Erst wenn die Einheit und Geschlossenheit, die sich hier in dem Zusammenschluß dieser Unternehmer-Interessengruppen zeigt, auch in den Arbeiterorganisationen anzutreffen ist, werden die Arbeiter der einflussreichen wirtschaftlichen Macht der Schatzmacher und Agrarier ihre berechtigten Wünsche mit Nachdruck entgegenstellen können.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband beschäftigt diese Organisation bereits seit Jahresfrist. Die Frage steht jetzt erneut wieder zur Verhandlung. Im Herbst v. J. wurde in dem Verbandsorgan, dem „Grundstein“, eine sehr eingehende Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung geführt, aus deren Verlauf sich eine Vorlage des Verbandsvorstandes an den ordentlichen Verbandstag in Jena im Januar d. J. entwickelte. Auf diesem Verbandstag wurde in Rücksicht auf die bevorstehende allgemeine Tarifbewegung im Bauergewerbe die Frage der Einführung nur im Prinzip erledigt und die Vorlage selbst zur Umarbeitung einer Kommission überwiesen. Im übrigen wurde die Angelegenheit auf einen späteren Verbandstag vertagt, der über die Lohnbewegung zu entscheiden hatte. Auf diesem außerordentlichen Verbandstag, der im Mai d. J. in Berlin stattfand, fand die in manchen Punkten verbesserte Vorlage nicht die Zweidrittelmajorität der auf dem Verbandstag anwesenden Delegierten, die für die endgültige Annahme vorgesehen war und so wurde die Vorlage mit 154 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Im Anschluß an diese Ablehnung fand ein Antrag Annahme, wonach die Kommissionsvorlage im „Grundstein“ veröffentlicht werden sollte, um den Zweigvereinen Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben. Wenn sich bis zum 1. Oktober d. J. mindestens ein Viertel der Zweigvereine für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aussprechen werde, dann sollte damit der Verbandsvorstand beauftragt sein, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Diese Bedingung ist jetzt erfüllt. Es haben sich bis zu dem angelegten Termin rund 500 Zweigvereine für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen, in denen über die Hälfte der Verbandsmitglieder eingetragen sind. Der Verbandsvorstand wird deshalb einen außerordentlichen Verbandstag einberufen, der zu Anfang des Monats Dezember in Hamburg abgehalten werden soll. In Vorschlag bringt der Verbandsvorstand die von der Kommission seinerzeit aufgestellte Vorlage. Da er nach reiflicher Erwägung sich nicht hat entschließen können, irgend welche Änderungen vorzunehmen, die nach den früheren Anträgen aus den Zweigvereinen auf Zahlung der Unterstützung für das ganze Jahr usw. hinaus-liefen, so soll in den Monaten Januar und Februar keine Unterstützung gezahlt werden. Die Unterstützungssätze sollen nach einer zweijährigen ununterbrochenen Mitgliedschaft und Leistung von 88 Wochenbeiträgen bet einem Wochenbeitrag von 40 Pfennigen täglich 75 Pfennig betragen und sich von zwei zu zwei Jahren bis zur Mitgliedschaft von acht Jahren oder darüber auf 90 Pfg., 1,05 Mk. resp. 1,20 Mk. steigern. Die Unterstützung erhöht sich bei den Beitragslähern bis zu 90 Pfg. auf 1,40 Mk., 1,50 Mk., 1,70 Mk. resp. 1,85 Mk. je nach der Mitgliedsdauer und soll für 48 Tage im Verlauf eines Jahres mit der vorhin bezeichneten Ausnahme gezahlt werden. Wenn der Verbandstag diesmal die Einführung beschließt, soll die Unterstützung mit dem 1. Juli 1914 beginnen für alle Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, soweit sie an diesem Tage die vorgesehene Karenzzeit in der Organisation zurückgelegt haben.

Die Blauen und die Gelben über Jena.

Mit Spannung erwarteten wir die Urteile der Hirsch-Dunkerianer und der Gelben über den sozialdemokratischen Parteitag in Jena, nicht weil sie uns wichtig wären, sondern um das Maß der Hoffnungslosigkeit zu erkennen, mit der gegen die moderne Arbeiterbewegung von jener Seite gekämpft wird. Wir müßten lügen, wollten wir nicht zugeben, daß unsere Hoffnungen bei weitem übertroffen worden sind. Das Zentralorgan der Gewerkschaften Hirsch-Dunkerischer Richtung „Der Gewerkeverein“, verzapft folgende Weisheit:

Viel leeres Stroh ist in Jena gedroschen worden. Selbst die besten Reden, die dort gehalten worden sind, können nicht darüber hinweg täuschen, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer großen Anhängerzahl und ihrer starken Vertretung im Reichsparlament zu völliger Ohnmacht verurteilt worden ist. Das merken die Arbeiter und daher der Stillstand in der Parteientwicklung.

Die intellektuelle Leitung der Gewerkevereine weiß auch das Mittel, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung endgültig anzubringen. Der „Gewerkeverein“ rät der Regierung, die Sozialdemokratie, die durch ihre Mißgriffe groß gezeugen worden sei, durch richtiges Anpassen wieder anzubringen! Ist solch naive, ja schon kindliche Auffassung, derlei Harmlosigkeit wirklich noch in einem Arbeiterblatt möglich? Auch in einer hirsch-dunkerischen Zeitung sollte solch Unsinn doch wirklich nicht mehr gedruckt werden dürfen. Das entspricht ja dem Niveau des gelben „Bundes“.

Der gelbe „Bund“ urteilt über Jena so:

Noch ist das rote Schiff zwar nicht gescheitert, noch geht die Fahrt, wenn auch mühsam und unter stärkster Kraftanwendung langsam vorwärts. Aber der lumbigere Teil der Insassen weiß, daß das Schiff unrettbar zum Sinken kommen wird, wenn es nicht gelingt, ein neues wirksames Wundermittel zur Rettung ausfindig zu machen. Es gelingt nichts mehr im roten Lager; Raufas diskutieren die Epigonen Debels und Singers hin und her, aber trotz des endlosen Geredes wolle keinen etwas Vernünftiges einfallen.

Man muß sagen: Im Quantum der Dummheit gegenüber den Ereignissen der Arbeiterbewegung ist zwischen dem „Bund“ und dem „Gewerkeverein“ kaum ein Unterschied. Viel wichtiger ist aber, daß die führenden Organe

dieser beiden Richtungen sogar durch die Urteile ihrer besten Freunde lächerlich gemacht werden. Da lesen wir z. B.:

Nun kommen wieder die Betrachtungen nach dem Jenseiter sozialdemokratischen Parteitag. Man muß staunen über die Kurzsichtigkeit, die sich da breit macht. Geht nicht die Abonnentenzahl ihrer Zeitungen zurück? Kündigt sich nicht der Rückgang so mancher ihrer Organisationen an? So und ähnlich schallt es durch den Blätterwald. Wie kurz ist das Gedächtnis so vieler Überflügler! Noch sitzen 111 Vertreter der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Die Reihen sind so eng geschlossen, die Organisation, die beste und stärkste in der ganzen Welt, sie funktioniert vorzüglich, so daß selbst der Tod eines Nebel nur eine vorübergehende Erscheinung bildet.

Das schreibt die „Deutsche Tageszeitung“! Die Blätter der Gelben und der Blauen stehen im Urteil über den Parteitag in Siena also noch jenseits der konservativen agrarischen Tageszeitung! Dabei handelt es sich im Besonderen bei den Gewerksvereinen um eine Richtung, die angeblich freihändlerische und volkstümliche Interessen vertritt. Man muß sich nur wundern, daß es noch Arbeiter gibt, die angesichts solcher Tatsachen diese Behauptungen als wahr, ohne selbst zu überlegen, hinnehmen.

Kommunales.

Abgelehnte Byzantinerei. Der Gemeinderat der Stadt Gera befaßte sich am Freitag mit einer Vorlage des Stadtrates, für die Erinnerungsfest der Schlacht bei Leipzig einen städtischen Beitrag zu entrichten. Die bürgerlichen Mitglieder beantragten einen Beitrag von 500 Mk. Nach längerer Debatte, in der von unseren Genossen nachgewiesen wurde, wie wenig das arbeitende Volk mit einer byzantinischen Kundgebung, wie sie am 18. Oktober geplant sei, zu tun habe, wurde der Beitrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Der Kampf gegen die Volksfürsorge.

der in der Öffentlichkeit geführt wird mit der tönenden Phrase: „Für den gefährdeten Staat gegen den Umsturz durch die sozialdemokratische Volksfürsorge“, ist in Wahrheit nur ein ganz gewöhnlicher Konkurrenzkrieg der um ihre Millionenprofite besorgten Versicherungsgesellschaften!

Die notwendig gewordene Reform der Volksversicherung, wie sie die Volksfürsorge einleitet, macht den privaten Gesellschaften die Volksausbeutung schwerer und bedeutet für die gewohnten Riesenprofite eine große Gefahr!

Das trifft die Kapitalisteninteressen am unbedeutendsten Punkt und läßt die fieberhafte Bekämpfung der Volksfürsorge begreiflich erscheinen.

Da man mit dem offenen Kampfe für den Profit keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken könnte, hängt man der Volksfürsorge das sozialdemokratische rote Tuch um — und alle Stiere werden wild! Um der Sache noch einen nobleren Anstrich zu geben, sicherte man sich den Grafen Poladomsky zum Verteidiger des „nationalen Kampfes“.

Da jedoch die Privatversicherungsgesellschaften selbst der Volksfürsorge eine nennenswerte Konkurrenz nicht machen konnten, kam man auf den Ausweg, auch eine Volksversicherungsgesellschaft mit Arbeiterorganisationen zu gründen — um sich wenigstens die darauf hereinkommenden Arbeiterkreise als Versicherungsobjekte zu sichern!

So entstand als eine Konkurrenzgesellschaft zur Schwächung und Bekämpfung der Volksfürsorge die — Deutsche Volksversicherung A.-G., Berlin.

Diese Gesellschaft, die mit ihrer „Gemeinnützigkeit“ ihrem Arbeiterglauben und ihrem Reichskommissar so viel Geschrei macht und sich nicht scheut, zu renomieren, die für sie arbeitenden Arbeiter, Handwerker- und Bauernorganisationen und der in ihrem Statut vorgesehene Verwaltungsrat hätten etwas zu sagen, ist nichts anderes als eine Vereinigung von privaten kapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaften, die sich das Geschäft nicht ganz verderben lassen wollen. Wer noch daran zweifelt, der höre! Die bürgerliche Presse berichtet:

Am 16. September 1913 hatte die von den deutschen Versicherungsgesellschaften ins Leben gerufene und am 1. Juli d. J. mit einem Kapital von 2 Millionen Mark gegründete Deutsche Volksversicherung A.-G. eine außerordentliche Generalversammlung nach Berlin einberufen, in der eine zweifache Übertragung von Aktien beschlossen wurde. Einmal wurde beschlossen, das gesamte Aktienkapital von den fünf Gründern (je zwei Direktoren der Deutschen Lebensversicherung A.-G., Berlin und der Nordstern-Lebensversicherung A.-G., Berlin, sowie einem Direktor der Berliner Lebensversicherung-Gesellschaft) auf folgende 30 Versicherungsanstalten zu übertragen: Allgemeinen Deutschen Versicherungsverein (Stuttgart), der Arminia (München), der Bayerischen Versicherungsbank A.-G. (München), der Berlinischen Lebensversicherung-Gesellschaft, der Bremen-Hannoverschen Versicherungs-Gesellschaft, der Concordia (Köln), der Deutschen Lebensversicherung-Gesellschaft (Berlin), der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft (Lübeck), der Deutschen Lebensversicherung (Wotsdam), der Deutschen Militärdienst- und Lebensversicherung (Hannover), dem Deutschen Anker, der Frankfurter Lebensversicherung, der Germania (Stettin), der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-Gesellschaft, dem Janus (Hamburg), der Jona (Halle), der Karlsruher Lebensversicherung, der Alten Leipziger, der Magdeburger Versicherungs-Gesellschaft, der Mecklenburgischen Versicherungsbank, dem Nordstern, der Nürnbergischen Lebensversicherungsbank, der Preussischen Lebensversicherungsgesellschaft A.-G., der Providentia (Frankfurt, Main), der Teutonia (Leipzig), der Thuringia, der Wachsen Rüdverficherungsgesellschaft, der Königlich Rüdverficherungsgesellschaft, der Wändener Rüdverficherungsgesellschaft, der Stuttgarter Wit- und Rüdverficherung.

Gleichzeitig beschloß die Generalversammlung, daß ein Teil des an die 30 angeführten Gesellschaften übertragenen Kapitals, im ganzen 37 Aktien zu je 500 Mk. = 18 500 Mk., von diesen weiterhin auf 22 Organisationen übertragen werden, die sich zur Mitarbeit an den Aufgaben der Deutschen Volksversicherung A.-G. bereits vertraglich verpflichtet haben.

Diese Organisationen sind in der Hauptsache: die Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine, Gesamtverband christlicher Gewerkschaften (Köln), Reichsverband Deutscher Konsumvereine (christliche), Hübnerische katholische Arbeitervereine, Reichsverband der Verbände der Beamten und Arbeiter sozialistischer Berufe, Verband Deutscher Eisenbahnhändler und Arbeiter, Trierscher Bauernverein, Bayerischer Handwerker- und Gewerbebund, Verein katholischer ländlicher Dienstboten für Bayern und die paar Dutzend Einzelverbände der evangelischen Arbeitervereine.

Das sind in der Hauptsache die „Arbeiterorganisationen“, die den Kampf gegen die Volksfürsorge führen, ihre Mitglieder den Privatversicherungsgesellschaften zuführen und dieses das Geschäft erleichtern!

Um sie zu diesem Opfer und zu dieser Mitarbeit der Interessen ihrer eigenen Mitglieder zu gewinnen, gibt man

ihnen neben den unverhältnismäßig hohen Werbungsgebühren von zehn Wochenbeiträgen für jeden Antrag auch noch ein Scheinrecht von Mitwirkung bei der Verwaltung.

Nach dem § 2 des Gesellschaftsvertrags der Deutschen Volksversicherung A.-G. beträgt das Grundkapital 2 Millionen Mark, eingeteilt in 4000 Aktien zu je 500 Mk. Auf der allein beschließenden Generalversammlung hat jede Aktie eine Stimme.

Es haben nun die 30 Privatversicherungsgesellschaften 3963 Aktien, gleich 3963 Stimmen, die 22 Zutreiberorganisationen 37 Aktien = 37 Stimmen — und das heißt man dann Mitverwaltung!

Ja, wird man sagen: Die Versicherten haben aber eine entscheidende Vertretung im Verwaltungsbeirat! Ganz recht. Der Verwaltungsbeirat besteht aus 25 von den Versicherten gewählten Mitgliedern auf fünf Jahre gewählten Mitgliedern. Und was hat der alles für Rechte! Alljährlich einmal, zunächst vor der Generalversammlung, tritt er zusammen. Dabei ist ihm 1. Bericht über die Geschäftsergebnisse zu erstatten, 2. kann er selbständige Vorschläge für die Änderung des Gesellschaftsvertrags machen, 3. kann er Änderungen der allgemeinen Versicherungsbedingungen beantragen, 4. bei Änderungen des Gesellschaftsvertrags oder der Versicherungsbedingungen, soweit letztere nicht eilbedürftig sind, ist er gutachtlich zu hören, 5. kann er begünstigt des Geschäftsbetriebs Anregungen geben, 6. hat er das Recht, Beschwerden entgegenzunehmen, zu begutachten und dem Vorstande zur maßgebenden Beschlussfassung zu unterbreiten, 7. ist er befugt, Vorschläge zu machen über die Verwendung etwaiger Ueberschüsse, 8. über Streitigkeiten aus dem Versicherungsvertrage kann der von ihm gewählte Schlichtungsausschuß nach Maßgabe der Versicherungsbedingungen beschließen und 9. hat er das Beschlusrecht bei der Liquidation der Gesellschaft über einen etwaigen Rest des Vermögens!

Er kann also beantragen, vorschlagen, begutachten — beschließen tut aber der von der Aktienmehrheit gewählte und abhängige Vorstand!

Und da spricht man noch von Rechten! Und darauf sollen den arme Arbeiter hereinkommen! Das müssen sondersbare Arbeiter sein!

So ist und bleibt die Deutsche Volksversicherung A.-G. eine private kapitalistische Unternehmung, und die zur wirksameren Reklame und zur Täuschung betriebene Mitverwaltungsvorpiegelung der Zutreiberorganisationen ist nur ein ganz gewöhnlicher Konkurrenzkniff!

Die Volksfürsorge dagegen ist gegründet und getragen von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften und die von diesen gewählten Vertreter sind berufen und verpflichtet, in der Verwaltung der Volksfürsorge nur das Interesse der Versicherten und kein anderes zu wahren!

Aus dem Gerichtssaal.

In den Fängen des Militarismus. Der 1890 in Bernstadt geborene Arbeitssoldat Osmannsky von der Militärabteilung in Dresden hat früher beim Infanterieregiment Nr. 179 in Würzen und zuletzt beim Infanterieregiment Nr. 134 in Plauen gedient. Der aus der Untersuchungsvorgeschichte Angeklagte stand jetzt wegen Mordtötung vor dem veranmelter Mannschaft, Anbringung einer falschen Beschwerde und Verleitung zum Meineid vor dem Dresdner Oberkriegsgericht. O. ist ein mangelhaft erzogener, haltloser Mensch, der auf der Landstraße groß geworden ist. Beim Militär kam er mit den harten Bestimmungen des Militärgesetzes in Konflikt und damit war sein Schicksal besiegelt. Wegen angeblicher Insubordination erhielt er kurz hintereinander drei kriegsgerichtliche Strafen, aber nicht Gefängnis, sondern den folternden strengen Arrest. Schließlich kam er als „schlechtes, unter einem Freiheitsstrang leidendes Element“ zur Arbeiterabteilung, seine weitere Anwesenheit bei der Truppe hielt man für „disziplinschädigend und verderblich“. Auch bei der Arbeiterabteilung sollte sich bald ein Vorgang ereignen, der ihm abermals zum Verhängnis wurde. Am 24. Juli, abends, als die vierte Korporalschaft nach dem Schlafsaal geführt wurde, sprach einer der Arbeitssoldaten im Gerede. Der Gefreite — der als Vorgesetzter in Frage kam — rief dem Soldaten zu, er solle den Mund halten. Osmannsky hat nun im Anschluß daran mit Bezug auf den Gefreiten gesagt: „Der Hund“. Der Gefreite fühlte sich beleidigt und meldete den Vorfall. Dem Unteroffizier zur Rede gestellt, bestritt Osmannsky, die Worte getan zu haben, und zwar aus Furcht vor Strafe. Um seine Situation zu verbessern, beschwerte er sich über die Beschuldigung beim Hauptmann und stellte auch diesem gegenüber die Worte „der Hund“ in Abrede. Wegen der Achtungsvorlesung und leichtfertigen Beschwerdeführung wurde eine gerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet und O.s. erste Vernehmung fand am 4. August statt. Am selben Tage hatte er eine Unterredung mit dem Arbeitssoldaten Schubert, zu dem er geäußert haben soll: „Ich habe die Worte getan, das Lügen hat keinen Zweck, aber damit sie mir nichts anhaben können, sage Du, ich hätte die Worte „der Hund“ zu Dir und nicht zum Gefreiten getan, und das fannst Du auch beschwören!“ Darin wird eine Verleitung zum Meineid erblickt. Vor Gericht bestritt Osmannsky entschieden, die Absicht gehabt zu haben, Schubert zum Meineid zu verleiten. Der Sinn seiner Äußerung sei ein ganz anderer gewesen, Schubert habe ihn falsch verstanden, oder wollte ihn nur ins Zuchthaus bringen. Das Gericht erachtete Osmannsky der Anklage gemäß überführt und erkannte auf ein Jahr ein Monat Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere. Auf die Berufung des Angeklagten traf das Oberkriegsgericht dieselben Feststellungen und verwurft das Rechtsmittel.

Ein netter Hüter der Ordnung. Am Sonnabend wurde von der vierten Strafkammer des Landgerichts I Berlin der Schuhmann Reinhold Wenzel wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt und wegen unzüchtiger Handlungen, begangen mit einer ihm anvertrauten Gefangenen, unter Zubilligung mildernder Umstände zu sechs Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung wurde „wegen Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

Gatten- und Vatermord und einstimmiger Freispruch. Vor den Geschworenen der Oise in Beauvais standen der 20jährige Arbeiter Portier und seine 42 Jahre alte Mutter unter der Anklage, den Gatten und Vater ermordet zu haben. Der alte Portier war ein unverbesserlicher Trunkenbold, der seine Frau mißhandelte und sich an seinen beiden Töchtern stittlich vergehen wollte. Eines Tages sagte die Mutter zu ihrem Sohne: „Wenn ich nur mehr Courage hätte!“ „Was würdest du dann tun?“ fragte der Sohn. „Dann würde ich Deinen Vater ermorden!“ war die Antwort. „Gut“, sagte der Sohn, „dann will ich es tun!“ Freudig gab die Mutter ihm 20 Franken, damit er einen Revolver kaufe. Als der Sohn in dessen Besitz gelangt war, gab er bei einem neuerlichen heftigen Anstöße mit seinem Vater sechs Schüsse auf ihn ab, unter denen er tödlich zusammenbrach. Der Sohn ging dann hinaus und sagte zur Mutter: „Du kannst herkommen, es ist geschehen.“ Die

Mutter bemerkte jedoch, daß ihr Mann sich noch bewege, und sie forderte den Sohn auf, ihn vollends totzuschießen, was dieser durch zwei neue Schüsse auch tat. Die Angeklagten erzählten selbst diesen hier kurz zusammengefaßten Tatbestand, und die Geschworenen fanden den Mut, beide einstimmig freizusprechen.

Aus Nah und Fern.

Was für Opfer der Militarismus schon im Frieden fordert! Unser Erfurter Parteiorgan richtet an die Militärbehörde folgende offene Anfrage: Wir glauben im Interesse der Militärbehörde darauf hinweisen zu müssen, daß die schlimmsten Verbrechen zurzeit im Umlauf sind. Es zirkulieren Meldungen, wonach schreckliche Vorkommnisse während der Reservübungen passiert sein sollen. Wir ersuchen deshalb die Militärbehörde um Ausschluß über folgende Fragen: Ist es Tatsache, daß 18 Mann gestorben und 300 bis 350 Mann krank im Lazarett liegen? Und trifft es zu, daß die Unfälle auf Überanstrengungen im Dienste zurückzuführen sind? Wenn auch auf diese Anfrage keine erschöpfende Antwort erfolgen sollte, da man es nicht für nötig zu halten scheint, die Öffentlichkeit über die alarmierenden Gerüchte aufzuklären, so wird jedenfalls im Reichstag Antwort verlangt werden müssen. Von zurückgekehrten Reservisten und Landwehrleuten wurden uns schon gestern abend und heute in den Morgenstunden die ungeheuerlichsten Dinge erzählt! Wir werden in den nächsten Tagen eingehender über die Reserve-Brigaden berichten. Für heute mag genügen, daß uns vier Todesfälle bestätigt worden sind! Hunderte von Erkrankten sind noch nicht entlassen worden.

Ein Menschenleben vernichtet. In dem Stadtteil Bismarck in Gelsenkirchen erschoss am Freitag der Schuhmann Mutterer den Arbeiter Michael Wenzel, der seine Hauswirtin verlegt hatte und den herbeigeeilten Schuhmann, trotz wiederholter Abmahnung, anfiel und ihm das Seitengewehr zu entreißen suchte.

Eine wahnsinnige Wette. Aus Meß wird berichtet: Ein Knabe ging am Freitag eine Wette ein, daß er in 15 Minuten eine neun Kilometer lange Strecke durchlaufen könne. Er legte tatsächlich die Strecke in 14 Minuten zurück, sank aber am Ziel tot nieder.

Krieg im Frieden. Bei einem Gebirgsübergang der Innsbrucker Traindivision im Karwendel scheuten mehrere Pferde, wodurch einige Trainsoldaten unter einen Wagen gerieten; einer erlitt einen Schädelbruch und starb auf dem Platze, drei andere sind zum Teil schwer verletzt worden.

Auto-Unglück. Auf der Rückfahrt von einem Ausflug ins Farnal ist der 32jährige Besitzer des Bahnhofshotels „Deutscher Kaiser“ in München, Schild, verunglückt. Er überließ in der Dunkelheit die Steuerung des Automobils auf einen Augenblick einer befreundeten Dame. Das Auto geriet eine Böschung hinab und stellte sich förmlich auf den Kopf. Schild fiel hinaus, wobei er einen doppelten Schädelbruch erlitt, dem er alls bald erlag. Die Dame hat nur einen Nervenschlag erlitten.

Raubüberfall in der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank. Ein Raubüberfall wurde Sonnabend im Kassenraum der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München verübt. Ein Kassenbote einer Münchener Bank kam in die Bayerische Hypothekenbank und erhob am Schalter 75 000 Mark in Banknoten. Er nahm das Geld in Empfang und stellte sich an ein Pult, um die Scheine nachzuzählen. In diesem Moment trat von der einen Seite ein älterer Herr auf ihn zu, hielt ihm einen ausländischen Kassenchein vor die Augen, suchte mit diesem dem Kassenboten vor dem Gesicht herum und fragte ihn etwas in fremder Sprache. Der Kassenbote bemerkte, wie unterdessen ein zweiter Fremder von der anderen Seite an das Pult herantret und die Hand nach den Banknoten ausstreckte. Er schlug sofort Alarm, und ein Kontrollbeamter setzte den elektrischen Sicherheitsapparat in Tätigkeit, so daß im nächsten Augenblick sämtliche Ausgänge der Bank geschlossen waren. Es gelang darauf, die beiden Fremden festzunehmen.

Theologische Reserveoffiziere. Es gibt kaum etwas, das so wehmütig und zugleich so beißend satirisch wäre, wie das Schicksal, das die Lehre des gekreuzigten Nazareners in der Welt gefunden hat. Sabeltrahlende Monarchen, volkreidende Junker, herrschsüchtige Pfaffen, hartgesottene Kapitalisten: sie alle führen das Wort des Mannes im Munde, der keine Stätte hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte und als ein Verbrecher unter Verbrechern hingerichtet wurde. Wir sind an diese blutige Farce so gewöhnt, daß wir nahezu gegen ihre aufreizenden Wirkungen abgestumpft sind. Gelegentlich aber formuliert sie doch noch einen Schläger, der selbst in unserer verlogenen Zeit die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken weiß. In Dessau tagte kürzlich der Verband evangelischer Pfarrer und bei dieser Gelegenheit kamen auch die Militärverhältnisse der Theologen gründlich zur Sprache, wobei sich dann herausstellte, daß vielen dieser christlichen Herren sehr viel an Reserveoffizieren zu liegen schien. Ein Christ, der sich als gemeiner Soldat in der Kunst des Tötens ausbilden läßt, ist auf dem Hintergrund der Evangelien bereits eine sehr sonderbare Erscheinung, ein christlicher Geistlicher ist es selbstverständlich noch mehr. Beide können aber immerhin für sich in Anspruch nehmen, daß sie durch die allgemeine Wehrpflicht zum Kriegsdienst gezwungen werden. Was aber soll man zu einem christlichen Geistlichen sagen, der nach der Würde eines Offiziers trachtet, zu der ihn kein Mensch der Erde zwingen kann? Ein christlicher Geistlicher, der so sehr von Mord und Militarismus besessen ist, daß er innerhalb des Heeres eine Führerstellung wünscht, ist eine Possenfigur, und die Sache wird noch häßlicher, wenn man sie nicht aus einem unbeherrschbaren Blutdurst, sondern aus der menschlichen Eitelkeit erklärt. Ein christlicher Geistlicher, der die Heimat seiner Seelen in einer anderen und besseren Welt suchen sollte, dabei aber den Lockungen einer bunten Offiziersuniform nicht Stand halten kann, ist erst recht eine traurige Karikatur. — Wie sagt doch der Nazarener? „In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost: ich habe die Welt überunden.“ Die Herren, die sich in Dessau nach dem Reserveoffizier sehnten, haben nicht einmal die peinliche Eitelkeit der Welt, geschweige denn die Welt selber überunden. Sie sind offenbar heifrig, wenn man sie mit so schwierigen Dingen, wie Weltüberwindung, ungeschoren läßt.

Erdbeden in Italien. Aus Avellino wird gemeldet, daß hier und in der Provinz ein Erdbeden wahrgenommen worden ist. Aus Neapel und Foggia liegen Nachrichten über Erdböße vor. Über den angerichteten Schaden wird nichts berichtet.

Zwei Dampferkatastrophen. Durch Zusammenstoße von Dampfern wurden am Freitag und Sonnabend zwei schwere Schiffsunfälle herbeigeführt. In der Nähe der brasilianischen Küste finden zurzeit Marineübungen statt. Ein zur brasilianischen Marine gehörender Schleppdampfer „Guarany“ wurde dabei am Freitag von dem

Dampfer „Borborema“ in den Grund geböhrt. Der Schleppdampfer hatte 51 Mann an Bord, darunter mehrere Fahrliche zur See. Einzelheiten über das Unglück fehlen noch. **Etwa 30 Personen sollen ertrunken sein.** — Ein ähnliches Unglück ereignete sich am Sonnabend im englischen Kanal. Dort stieß ein Nebel der Dampfer „Gardonia“ mit dem Dampfer „Cornwood“ zusammen. Der Dampfer „Gardonia“ sank nach kurzer Zeit. Von der Mannschaft konnten nur vier Personen gerettet werden, während achtzehn Vermisste wahrscheinlich ertrunken sind.

Auf der Polizeiwache zu Tode geprügelt. In Königs- hütte (Oberhessen) sollte am 25. August der Bergmann Grzib durch den Schuhmann Preiß verhaftet werden. Grzib widerlegte sich jedoch derartig, daß der Schuhmann Gewalt anwenden mußte und beide stark blutende Verletzungen erlitten. Erst nachdem der Schuhmann Kosoff seinem Kollegen zu Hilfe kam, gelang es, Grzib zu überwältigen und nach der Polizeiwache zu bringen. Dort ist dann G. plötzlich gestorben. Es gingen schon damals allerlei Gerüchte um, die vermuten ließen, daß G. keineswegs natürlichen Todes gestorben sei. Der Polizeibericht demontierte aber diese Gerüchte und erklärte kurz und bündig: „Auf der Polizeiwache fiel Grzib um und der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Kaiser konnte nur den Tod feststellen.“ Daß der Bergmann an den Verletzungen, die er sich bei der Rauferei mit dem Schuhmann Preiß zugezogen hatte, gestorben sein könnte, glaubt niemand, es mußte auf der Polizeiwache noch etwas vor sich gegangen sein, wodurch der Tod veranlaßt wurde. Diese Vermutungen haben sich bestätigt. Grzib ist nämlich, als er sich schon in der Arrestzelle befand, von den Schutzleuten Kosoff und Wegehaupt überfallen und durch Säbelhiebe und Stiche zu Tode mißhandelt worden. Der Polizeibericht vom 4. Oktober meldet nämlich folgendes: „Die weiteren Ermittlungen in dem Falle Grzib haben den Verdacht begründet erscheinen lassen, daß der Tod des Grzib infolge von Mißhandlungen durch die Polizeibeamten Kosoff und Wegehaupt eingetreten ist. Bei der Schwere des anscheinend vorliegenden Verbrechens sind deshalb die beiden Beamten vorläufig festgenommen und dem Richter zugewiesen worden. Sie haben ihr Amt als Polizeibeamten niedergelegt. Zwei weiteren Beamten, die bei den Vorgängen zugegen gewesen sind, keine Anzeige erstattet und wahrheitswidrige Angaben gemacht haben, ist die Stellung als Polizeibeamte gekündigt worden.“ — Die beiden Kohlinge haben nun auch schon ein umfassendes Geständnis abgelegt, und zugegeben, daß sie Grzib auf der Wache in roher Weise und ohne Veranlassung mißhandelt haben. Nur zu dem tödlichen Stich will sich keiner bekennen. Wegehaupt hatte mit der Verhaftung des Mannes überhaupt nichts zu tun gehabt.

Fetter Fund auf der Post. Die Postverwaltung in Eisenach erhielt aus Weimar einige Pakete, deren Adressanten unauffindbar waren. Sie enthielten äußerst wertvolle Schmuckstücke, so den Orden vom Weißen Falken, die goldene Jubiläumsmédaille mit dem Doppelbildnis des Großherzogs Karl Alexander und der Großherzogin Sophie. Die Gegenstände rühren anscheinend von einem Diebstahl her.

Mord und Selbstmord. Der Privatier Albert Liegmann in Saarbrücken tötete in der Nacht zum Sonntag seine Ehefrau durch Schläge mit einem spitzen Dachdeckerhammer gegen die Schlägader und auf den Kopf und beging dann Selbstmord durch Erschießen. Der Täter hat anscheinend in einem Anfall von Geistesstörung gehandelt.

Ein Held. Vor einigen Tagen meldeten wir den Untergang des Dampfers „Templemore“, der auf hoher See in der Nähe des Kap Virginia in Brand geriet und sank. Bekanntlich wurde die aus 53 Personen bestehende Besatzung durch den Dampfer „Arkadia“ gerettet. Wie aus dem Bericht des Kapitäns Johns des verloren gegangenen Schiffes hervorgeht, haben die Geretteten ihr Leben in erster Linie dem heldenmütigen Verhalten des Telegraphisten vom „Templemore“ zu verdanken. Nach dem Bericht brach das Feuer am Montag kurz vor Mitternacht in der Baumwollladung des Schiffes aus und fraß gierig um sich. Der Telegraphist gab ununterbrochen Signale ab, ohne auf das Vordringen

des Feuers zu achten. Die Mannschaft hatte sich bereits in die Rettungsboote geflüchtet, der brave Telegraphist aber saß unentwegt an seinem Apparat und rief etwa in der Nähe weilende Schiffe zur Hilfe herbei. Erst als die Reserverakkumulatoren des Telegraphenapparates nicht mehr funktionierten, verließ er als letzter das Schiff. Die funktionsfähigen Hilferufe waren vom Dampfer „Arkadia“ aufgefangen worden und etwas später erschien dann der Dampfer zur Rettung und nahm die Besatzung des „Templemore“ auf.

Verurteilter Mörder. Das Münchener Schwurgericht verurteilte den Tagelöhner Michael Danzer aus Fürth im Wald, der im Februar den Gastwirt Kloo in Kiferfelden, der ihn bei einem Einbruch überfallen, durch einen Messerstich in das Herz tötete, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Neues von der Radiumforschung. Dem Londoner Radium-Institut ist es nach langen Versuchen gelungen, die Dämpfe des Radiums abzufangen. Diese Dämpfe bedeuten den medizinischen Wert des Radiums, weil man das Radium dann auch zur inneren Behandlung verwenden könne, ohne eigentlich in Besitz von Radium zu sein. Diese Dämpfe, die im Wasser löslich seien, könnten zur Behandlung von Gicht, Rheumatismus, Arterienverkalkung usw. verwendet werden. Versuche damit hätten bereits gute Resultate ergeben. Man gibt sich nun der Hoffnung hin, daß Radiumbehandlung auch für weniger Bemittelte zu ermöglichen sein dürfte.

Kämpfe mit Räubern. Kürzlich sind in Werchne Udinsk (Transbaikalien) zwei Personen verhaftet worden, die an einem Raub beteiligt waren, bei dem den Tätern hunderttausend Rubel in die Hände fielen. Bei der daraufhin vorgenommenen Hausdurchsuchung entdeckte die Polizei die Verbrecherbande. Die Verbrecher feuerten auf die Beamten, töteten drei Schutzleute und verwundeten einen vierten schwer. Ein Polizeiaufseher wurde leicht verletzt. Die Polizeibeamten töteten einen und verhafteten einen Verbrecher; die anderen entkamen. Truppen haben das Gebiet umstellt.

Zum Verschwinden des Dr. Diesel wird aus London gemeldet: Nur eine einzige neue Tatsache konnte festgestellt werden. Dr. Diesel ist nicht, nachdem er von seinen beiden Reisegenossen Carrels und Luemann am Montag abend 10 Uhr während der Ueberfahrt auf dem Dampfer „Dresden“ Abschied genommen hatte, in seine Kabine gegangen, wie er es ursprünglich beabsichtigte, sondern wurde noch dreiviertel Stunden später von den Stewards auf Deck gesehen. Da sich um das Promenadendeck ein 1½ Meter hohes eisernes Geländer zieht, muß es als ausgeschlossen erscheinen, daß Dr. Diesel durch das Schwanken des Schiffes das Gleichgewicht verloren hat und ins Meer gestürzt ist. Er muß sich also entweder auf das Geländer gelehrt haben oder in einem Anfall von Seekrankheit soweit vornübergebeugt haben, daß er ins Wasser gestürzt ist. Es besteht wenig Aussicht, die Leiche in der Nordsee wiederzufinden. Eine Unterjagung der Papiere und der Reiseeffekten ergab keinerlei weitere Anhaltspunkte. Ueber die Bedeutung Diesels wird dem „Berliner Tageblatt“ von geschäftlich technischer Seite geschrieben: Mit Dr.-Ing. Rudolf Diesel hat die deutsche Ingenieurwelt einen ihrer vorragendsten Vertreter verloren. Das engere technische Gebiet, auf dem seine Bedeutung liegt, ist das der Kraftmaschine. Während man unserer alten, aus England stammenden Dampfmaschine bei aller Anerkennung ihrer kulturellen Bedeutung den Vorwurf nicht ersparen kann, daß sie unsere Kohlen schätze geradezu verschwendet, indem sie nur etwa den zehnten Teil der darin enthaltenen Wärme in nutzbare Arbeit umsetzt, bildet der Dieselmotor das letzte Glied der Kette von erfolgreichen Versuchen, die unsere Ingenieure unternommen haben, um unsere Kraftmaschinen immer wirtschaftlicher zu machen. Alle bisher erfundenen und ausgeführten Maschinen, nämlich nach der Dampfmaschine die Dampfturbine und nach dieser die Gasmachine, übertrifft der Dieselmotor in dem Vermögen, den zugeführten Brennstoff so sparsam als möglich auszunutzen. Hinzu kommt, daß der Motor mit flüssigem Brennstoff betrieben wird und daß man als sehr geeignet hierfür das sogenannte Teeröl befunden hat, das ein Nebenprodukt bei der Herstellung des Kaffees bildet. Dadurch hat das bisher wenig beachtete Teeröl und damit natürlich auch

wieder unsere Kohle an Wert gewonnen, und ferner ist es möglich, den Motor mit einem im eigenen Lande gewonnenen Öl zu betreiben, während wir bekanntlich Petroleum und Benzin, die für die andern mit flüssigen Stoffen betriebenen Motoren in Betracht kommen, aus dem Ausland einführen müssen. Somit gewinnt der Dieselmotor auch für den Volkswirt erhöhte Bedeutung. Die Verdienste Diesels liegen hauptsächlich in der wissenschaftlichen Erfindung des eigenartigen Verbrennungsvorganges in der Maschine, der ihr eine bisher nirgends erreichte Ausnutzung des Brennstoffes von mehr als 30 Prozent gestattet. Mit ihrer konstruktiven Durchbildung, die mehr als zehn Jahre gedauert hat, haben sich unsere großen Maschinenbaufirmen bedeutende Verdienste erworben. Jetzt ist der Dieselmotor eine Maschine geworden, die infolge ihrer Vorzüge auf immer mehr Gebieten rasch vordringt, vor kurzem den Schiffbau und in allerjüngster Zeit mit der ersten Diesellokomotive auch den Eisenbahnbetrieb erobert hat. Sie hat den deutschen Kraftmaschinenbau wieder in aller Welt Mund gebracht, nachdem eine Zeitlang England und Frankreich mit ihren Dampfmaschinen obenauf gewesen waren.

Fünf Tage verschüttet. Aus Neuport wird berichtet: Mit lebhafter Spannung verfolgt man in Amerika die Bemühungen, den Bergmann John Tomaszewski zu befreien, der am vergangenen Freitag in der Continental-Grube von Centralia in Pennsylvania verschüttet wurde und den man bereits für tot gehalten hat. Der Bergmann war durch eine vorzeitige Sprengung am Freitag in den Tiefen des Schachtes überfallen worden und ist seitdem von der Oberwelt abgeschlossen geblieben. Man begann sofort mit Rettungsarbeiten, 50 Bergleute arbeiten Tag und Nacht daran, sich den Weg zu dem verschütteten Genossen zu bahnen, und da es inzwischen gelungen ist, eine Verbindung mit Tomaszewski herzustellen und ihm Nahrungsmittel zuzuführen, besteht wohl kaum noch ein Zweifel, daß die Rettung gelingen wird. Aber ehe man überhaupt erfährt, daß er noch am Leben sei, verstrichen drei Tage. Jetzt hat man durch den Felsen ein Rohr getrieben, durch das man dem Verschütteten Essen und Trinken in die Tiefe hinabgibt, und am Mittwoch fuhren die Frau des Verunglückten und seine Kinder in das Bergwerk ein, um von der Mündung des Rohres aus dem Gatten und Vater Mut zuzusprechen. Aber es scheint, daß dies heinade unnötig war, denn der Verschüttete befindet sich in bester Stimmung. „Mir geht es ausgezeichnet“, rief er heraus, „nach dem Essen habe ich mich einmal ordentlich ausgeschlafen. Manchmal denke ich nur, daß die ganzen Stein- und Erdbmassen über mir zusammenstürzen können, und die Vorstellung ist nicht sehr angenehm.“ Bald darauf wurden die Retter durch die Nachricht überrascht, daß Tomaszewski Schaufel und Hacke bei sich habe und mit diesen Instrumenten an seiner eigenen Befreiung mitarbeite. Kurz vor Mittag verlangte er etwas zu essen und erklärte, die Arbeit habe ihm einen riesigen Appetit gemacht.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 1. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Heinrich Dieh. Von K. K. — Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale. Zwei unbekannt Artikel von Friedrich Engels und Karl Marx. Uebersetzt und eingeleitet von N. Rajanoff. — Harry Quelch. Von Th. Rothstein. — Das neue Irland. Von J. Röttgen. — Die Parteipresse auf dem Parteitag. Von Arno Franke.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 21. Nummer des 30. Jahrganges 16 Seiten erschienen und bringt aus Anlaß des bevorstehenden 100. Geburtstages von Goethe einen Aufsatz über diesen jung verstorbenen Dichter der Freiheit von Paul Enderling, dem ein gutes Porträt des Dichters beigegeben ist.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 1 des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Das Ergebnis des Senner Parteitages. — Heinrich Dieh zum 70. Geburtstag. Von Clara Zetkin.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gute Bücher von bleibendem Wert

Zu Geschenkzwecken oder für die eigene Bibliothek
 === wählen Sie am besten ===

Neue Leipziger Klassiker-Ausgaben

(80 Dichter in 243 Bänden).

Vorzüge: Größte Vollständigkeit (viele Gesamt-Ausgaben) — Zuverlässige Texte — Wertvolle Biographien und Einleitungen — Beigabe von Porträts, Handschriften usw. — Guter Druck — Hochpreisiges Papier — Geschmacksvolle Einbände.

Nach den Urteilen von literarischen Autoritäten und der Presse vermöge ihrer mannigfachen Vorzüge die brauchbarsten und preiswürdigsten
 === Klassiker-Ausgaben! ===

Ausführliche illustrierte Kataloge kostenfrei.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Strümpfe

werden auf der Maschine neu und angefertigt. Friedenstraße 68.

Verloren ein Manschetter-Kock von Lübeck nach Heils- hop. Abzugeben 7381 Glogengießerstraße 46, II. rechts.



Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. 1.50 Mk. (7589)

Bestes **Roggen** Schnell- Wasch- Mittel. Ohne Chlor. Garantiert unerschädlich. Schuppenreine Wäsche. Überall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg. Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von 5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (1823) 10 „ leicht silb. Kollier. 3 Neusilber-Eblöffel usw.

Jedes Ungezielt vertilgt und garantiert. Fr. Krüger, prakt. Kammerjäger, a. d. Mauer 56 b. d. Hügit. Fernr.: 174. Spezialität: Wanzenvertilg.

Käse-LagerSchlumacherstr. 12
 Detail-Verkauf a. d. Diele. (7466)
 la. Schweizerkäse } Pfd. 70 Pfg.
 Holl. Rahmkäse }
 Tilsiter Vollfettkäse Pfd. 50 — 71 1/2
 la. Limburgerkäse Pfd. 40 Pfg.

Schulschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Visiten-Karten

empfehlen die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co

Kopfschuppen, und fettiges Haar

diese unliebsamen Erscheinungen bekämpft man am besten durch regelmäßige, wöchentlich 1-2 malige Waschungen der Haare und des Haarbodens mittels

Teer-Shampoo

mit dem schwarzen Kopf

Der Kopf wird schuppenfrei, das Haar voll und glänzend, spärliches Haar erhält volles Aussehen!

Der Erfolg, den unser allseitig bekanntes und beliebtes **Teer-Shampoo mit dem schwarzen Kopf** tagtäglich erzielt, zeigt sich am besten darin, daß eine Unzahl Nachahmungen von recht zweifelhafter Natur in Verkehr gebracht werden, weshalb man beim Einkauf besonders auf die nebenstehende Schutzmarke achten möge. Unser **Teer-Shampoo mit dem schwarzen Kopf** ist ein mildes, durchaus einwandfreies Präparat, während, wie die Untersuchungen ergeben haben, die Nachahmungen oft ätzende Stoffe enthalten und so statt einer rationellen Haarpflege den Haarausfall befördern. **Teer-Shampoo mit dem schwarzen Kopf** ist in Original-Paketen à 25 Pfg. (7 Pakete Mk. 1,50), in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.



Schutzmarke. Alleinig. Fabrik: Haas Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N. 37.

Unsere Gesellschaftsspiele

Selbst bei der größten Eile in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der Preis 60 Pfg., Nr. 1. — und Nr. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.